

2. Sitzung
Berlin, 17. Oktober 2006
Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße Sie alle recht herzlich zur Plenarsitzung von „Jugend und Parlament“ hier im Deutschen Bundestag. Ich heiße Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen sehr interessante Debatten. Sie haben bis tief in die Nacht und sehr engagiert die heutige Sitzung vorbereitet. Deshalb können wir uns alle auf eine interessante Plenarsitzung freuen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich darauf hinweisen, dass nach einer gemeinsam getroffenen Vereinbarung von der Frist, nach der die Beratung von Vorlagen frühestens am dritten Tag nach Verteilung der Drucksachen beginnt, abgewichen werden soll. Sind Sie mit dieser Vereinbarung einverstanden? - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der KVP und APD

Die Position Europas durch einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat stärken

- Drucksache JuP-06/2, JuP-06/6

Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der PSG, ein Änderungsantrag der Fraktionen der LRP und der ÖSP sowie ein Änderungsantrag der Fraktionen der KVP und der APD vor. Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Jörg Szperna, KVP.

(Beifall)

Jörg Szperna (KVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Jörg Szperna; ich bin von der KVP und Mitglied der Arbeitsgruppe „Menschenrechte und humanitäre Hilfe“.

Die Arbeitsgruppe „Menschenrechte und humanitäre Hilfe“ fordert die Bundesregie-

rung auf, sich für die Menschenrechte und die humanitäre Hilfe verstärkt einzusetzen. Des Weiteren fordern wir, die UN-Institutionen in Bonn zu belassen.

Ich möchte hierbei die Präambel der Menschenrechte zitieren:

WIR, DIE VÖLKER DER VEREINTEN NATIONEN - FEST ENTSCLOSSEN, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern, UND FÜR DIESE ZWEIFELHALBE DULDSAMKEIT ZU ÜBEN und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, und internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern - HABEN BESCHLOSSEN, IN UNSEREM BEMÜHEN UM DIE ERREICHUNG DIESER ZIELE ZUSAMMENZUWIRKEN.

Dementsprechend haben unsere Regierungen durch ihre in der Stadt San Franzisko versammelten Vertreter, deren Vollmachten vorgelegt und in guter und gehöriger Form befunden wurden, diese Charta der Vereinten Nationen angenommen und errichten hiermit eine internationale Organisation, die den Namen „Vereinte Nationen“ führen soll.

Wir fordern die Bundesregierung auf, dies zu beachten und umzusetzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Nächste Rednerin ist Irmtraud Ochmann, LRP.

(Beifall)

Irmtraud Ochmann (LRP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Irmtraud Ochmann und vertrete die Interessen der LRP.

Im Millenniumsbericht an die Generalversammlung sagte Kofi Annan:

Würde die internationale Gemeinschaft die Vereinten Nationen morgen neu gründen, so würden diese sicherlich anders aussehen als unsere heutige Organisation.

Kofi Annan hat damit sicherlich Recht. Doch wozu benötigt Deutschland einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat?

Ein Versuch der Reform der UNO mit dem Ziel eines ständigen Sitzes Deutschlands im Sicherheitsrat ist bereits vor über einem Jahr unter Kanzler Schröder gescheitert.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der APD und der KVP, wozu wird schon wieder ein Reformvorhaben gestartet? Der Prozess der Einigung Europas ist noch nicht abgeschlossen; die Verfassung wurde beispielsweise in Frankreich abgelehnt. Wir brauchen ein geeintes Europa, das mit einer Stimme spricht. Der Reformversuch ist derzeit kontraproduktiv und führt nur zu Missverständnissen innerhalb Europas. Deutschland ist zwar mit einem Anteil von knapp 8,7 Prozent am UN-Budget drittgrößter Beitragszahler, doch auch Japan mit einem Anteil von 19,5 Prozent ist kein ständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat.

Auf Dauer ist nur ein geeintes Europa handlungsfähig. Deshalb brauchen wir einen gemeinsamen Sitz im UN-Sicherheitsrat und keine politische Einzelvertretung Deutschlands. Um die UN im 21. Jahrhundert - auch im Hinblick auf die Bedrohung durch den Terrorismus - wirklich handlungsfähig zu machen, muss auf ein vereintes Europa mit einem gemeinsamen Sitz im Sicherheitsrat hingearbeitet werden.

Ich bitte Sie, sich dafür einzusetzen und nicht durch eine andere deutsche Außenpolitik eine Zersplitterung Europas herbeizuführen. Meine Partei und ich lehnen den vorliegenden Antrag der beiden Koalitionäre ab. Die UNO kann nur handeln, wenn wir uns einig sind.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Das Wort hat Horst Seeheimer, APD.

(Beifall)

Horst Seeheimer (APD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die UN befinden sich in einer Legitimationskrise. Wenn wir darüber diskutieren, ob Deutschland einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat anstreben sollte, müssen wir uns die Frage stellen, was Deutschland in humanitärer Hinsicht für die Welt und in den UN leisten kann. Die Arbeitsgruppe „Menschenrechte und humanitäre Hilfe“ hat sich insbesondere diesem Thema gewidmet.

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass Deutschland der drittgrößte Beitragszahler für die UN ist. Mit den aufgewendeten Geldern werden vor allem Hilfsprojekte in der gesamten Welt finanziert, sowohl Ernährungsprojekte als auch Wiederaufbauprojekte. Deutschland leistet aber auch in der Welt Konfliktpräventionshilfe und unterstützt andere Länder im Demokratisierungsprozess. Außerdem hat sich Deutschland als zuverlässiger und unabhängiger diplomatischer Verhandlungsführer bewährt, zum Beispiel in Darfur und im Libanon.

Aus diesen knapp aufgezeigten Fakten - um unsere Zeit nicht weiter in Anspruch zu nehmen - ergibt sich: Deutschland braucht einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat.

(Beifall)

- Das tut gut.

(Heiterkeit)

Die UN brauchen einen ständigen Sitz Deutschlands als Friedensmacht und Vollstrecker der weltweit geltenden Menschenrechte.

(Beifall)

Zudem brauchen sie Deutschland als vertrauenswürdigen und zuverlässigen Partner.

Seinem Selbstverständnis folgend würde sich Deutschland dazu verpflichten, sich für eine umfassende Reform der strukturell veralteten UN einzusetzen und sich für die paritätische Verteilung der ständigen Sitze im Sicherheitsrat auf die gesamte Welt auszusprechen.

(Beifall)

Deutschlands mittel- und langfristiges Ziel ist dabei natürlich, die ständigen Sitze der europäischen Staaten zusammenzufassen und in einem gemeinsamen Mandat für die EU zu vereinen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Das Wort hat nun Ferdinand Peters, PSG.

(Beifall)

Ferdinand Peters (PSG): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir, die 308 Abgeordneten, entscheiden heute erneut darüber, ob sich die Bundesrepublik in New York um einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat bewerben soll. Das heißt, wir entscheiden heute darüber, ob wir uns erneut mit einer Kampf abstimmung vor der Generalversammlung lächerlich machen wollen oder ob wir uns darauf konzentrieren, gemeinsam mit anderen EU-Staaten nur *einen* Sitz im Weltsicherheitsrat zu erlangen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wie Sie hören, ist dies meiner Fraktion sehr wichtig. Trotzdem ist für unsere Fraktion ein anderer Reformpunkt noch wichtiger. Auch ohne einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat ist die Rolle Deutschlands in der internationalen Politik schon heute besonders groß. Vor allem ist es unnötig, dass die Position Europas durch einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat verstärkt wird, da schon heute zwei der fünf ständigen Mitglieder europäisch sind.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Daher plädieren wir für eine globale Reform des Weltsicherheitsrats.

Das Konzept der fünf ständigen Veto-mächte stammt aus der Zeit des Kalten Krieges. Wir alle wissen, dass diese Zeit der Blockstaatenpolitik vorbei ist. Deshalb brauchen wir nun ein neues Konzept für den Weltsicherheitsrat.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Damals saßen die Konfliktparteien der westlichen Industriestaaten und der kommunistischen Gegner in einem Boot. Die Gefahren von damals sitzen den meisten Abgeordneten noch immer in den Knochen. Deutschland war ein Spielball der atomaren Aufrüstung; doch zum Glück ist dies nun Geschichte.

Meiner Ansicht nach sind die Probleme, mit denen wir uns heute beschäftigen, sehr viel komplizierter. Es geht nicht nur um den Kampf gegen den Terror; die heutigen Gefahren gehen nicht nur vom Menschen aus. Die Gefahren heißen Hunger, Armut und Aids. Neben der Sicherung des Friedens muss es heute die Aufgabe des Weltsicherheitsrats sein, diese Gefahren zu beseitigen, weil sie sonst in ferner Zukunft auch unsere Bundesrepublik überschwemmen werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Deshalb ist es enorm wichtig, dass in Zukunft auch kleine Staaten aus Südamerika und Afrika, aber auch aus der arabischen Welt im Weltsicherheitsrat vertreten sind.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Zuruf: Das sind sie!)

- Was? - Dies ist mir besonders wichtig: Wir sollten nicht von oben herab, sondern auf einer Augenhöhe mit den Ländern der Dritten Welt über ihre Probleme reden und so Lösungsansätze finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Das Wort hat der Kollege Dr. Jürgen Müller, KVP.

(Beifall)

Dr. Jürgen Müller (KVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden im Plenum, in diesem Parlament ständig über Zukunft. Es geht um zukunfts-trächtige Entscheidungen für unser Land. Eine zukunfts-trächtige Entscheidung für unser Land ist das ganz deutliche Bekenntnis zu Europa.

(Beifall)

Darüber hinaus ist ein langfristiges Bekenntnis zu einer gemeinsamen Außenpolitik aller europäischen Länder wichtig, nicht nur für uns, sondern - ich möchte das hervorheben - besonders auch für unsere Kinder, für die Zukunft folgender Generationen.

Sicherlich wird es kurzfristig nicht möglich sein, Frankreich und Großbritannien dazu zu bringen, ihre ständigen Sitze im Sicherheitsrat mit Vetorecht aufzugeben. Wir Deutsche tragen als richtiggehende Vorzeigeeuropäer - so möchte ich uns jetzt einmal nennen -

(Beifall)

eine große Verantwortung dafür, diese Länder davon zu überzeugen, dass wir nur als gemeinsames, starkes Europa langfristig einen stabilen Weltfrieden sichern können. Das können wir langfristig nur mit einem gemeinsamen Sitz der Europäischen Union im UN-Sicherheitsrat erreichen.

Dabei ist wichtig - ich bitte unsere Regierung darum, sich im Rahmen der kommenden EU-Ratspräsidentschaft dafür einzusetzen -, dass wir schnellstmöglich eine EU-Verfassung erhalten. Wir sollten dafür werben und die Ratifizierung durchsetzen. Wir brauchen eine gemeinsame europäische Verfassung, damit wir als gemeinsames, starkes Europa in der Welt auftreten können. Das ist sehr wichtig!

(Beifall)

Darüber hinaus ist ein starkes Europa im Interesse unserer Freunde in Amerika, in Russland und in China.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

- Ich hoffe, dass es so ist. Es wäre schlimm, wenn es nicht so wäre. - Ein ständiger Sitz der EU im Sicherheitsrat und die Vertretung durch einen EU-Außenminister müssen langfristig unser Bestreben sein. Zudem ist eine EU-Verfassung als Basis nötig und wichtig. Meine Fraktion und die gesamte Koalition sind absolut der Meinung, dass es nicht halt-

bar ist, wenn im aktuellen Weltgeschehen ein Großteil der europäischen Staaten nur zusehen kann, wie andere Staaten Politik machen; wir werden im Prinzip nur mit den Konsequenzen konfrontiert. Wir müssen alle zusammen am Weltgeschehen teilhaben, und zwar mit einem EU-Sitz im UN-Sicherheitsrat.

(Beifall)

Nach den Zeiten, in denen Deutschland nur Geldgeber war, müssen wir nun wirklich Verantwortung übernehmen. Das können wir nur zusammen mit allen anderen europäischen Ländern schaffen; wir wollen und müssen das erreichen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Das Wort hat Ole Heinrichsen, ÖSP.

(Beifall)

Ole Heinrichsen (ÖSP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die BRD ist nicht mehr als Kriegsverlierer, sondern als Globalplayer in der weltweiten Sicherheitspolitik zu betrachten. Wir tragen nicht nur für uns und unsere Verbündeten, sondern für die ganze Welt Verantwortung.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Deutschland kann wahre Größe beweisen, wenn es den bisher nicht im Sicherheitsrat vertretenen Regionen zu einer Stimme verhilft, sodass sie erhört werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Südamerika und Afrika sind zwei Regionen, die bisher im Sicherheitsrat unbeachtet bleiben. Auch sie haben Anspruch auf einen ständigen Sitz in diesem Organ.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Deutschland trägt eine große Verantwortung in der Welt. Wir alle wissen: Wir sind eine große Nummer. Was würde sich gegenüber der jetzigen Situation ändern, wenn wir einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat hätten? Wir haben doch bereits jetzt alle diplomatischen Trümpfe in der Hand und können

auf diplomatischem Parkett ganz vorne mitspielen.

Ich fordere Sie hiermit auf: Stimmen Sie dem Antrag der ÖSP zu! Stimmen Sie für eine gerechte Verteilung im Weltsicherheitsrat! Springen Sie über Ihren fraktionellen Schatten und wagen Sie einmal etwas anderes!

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Nächster Redner ist Frederik Dierssen, APD.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Frederik Dierssen (APD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der europäische Verfassungsprozess ist für den Moment gescheitert. Die europäischen Staaten sind geschockt und erstarrt. Der europäische Verfassungsvertrag ist auf Eis gelegt und Europa wartet auf denjenigen, der das Eis zum Tauen bringt und die gemeinsame Debatte neu belebt.

Mit dem hier vorliegenden an die Bundesregierung gerichteten Antrag zeigt sich Deutschland couragiert, diesen notwendigen ersten Schritt zu tun. Die Vision eines reformierten Europas und einer handlungsfähigen, von allen Nationen legitimierten UN bildet das Fundament unserer gemeinsam mit der KVP formulierten Außenpolitik.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Über diese Außenpolitik sollte Einigkeit bestehen. Aber es ist illusorisch, zu glauben, man könne dies sofort realisieren, ohne die dafür notwendigen Grundsteine gelegt zu haben.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Deshalb haben wir den Weg gewählt, zuerst einen Sitz Deutschlands im Weltsicherheitsrat zu schaffen, um dann starke Impulse für ein vereintes Europa auszusenden.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wenn wir die Einigkeit der Europäischen Union gemeinsam hergestellt haben, wird nur noch ein kleiner Schritt zu einer ständigen

Vertretung Europas im Weltsicherheitsrat nötig sein, der aber möglicherweise der entscheidende Sprung zu globaler Gerechtigkeit ist.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Der humanitäre Aspekt muss im Zentrum unserer gemeinsamen europäischen Außenpolitik stehen. In genau dieser Einschätzung sollten wir uns alle einig sein. Die Opposition wirft uns vor, dass wir den Reformprozess ausbremsen. Das Gegenteil ist der Fall: Wir sind diejenigen, die ihn stetig, aber keinesfalls überhitzt voranbringen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

„Kleine Schritte sind mehr als große Sprüche.“ Das hat schon Willy Brandt gesagt und das sollte sich die Opposition in Bezug auf diesen Antrag zu Herzen nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Das Wort hat der Kollege Günther Wolff, LRP.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Günther Wolff (LRP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sehen im vorliegenden Antrag der KVP und der APD, was passiert, wenn Fraktionen sich ihrer Meinung zu sicher sind und Anträge nicht mehr abstimmen.

(Teilweise Beifall - Teilweise Widerspruch)

- Das ist eine Tatsache.

Erinnern wir uns an die Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Dort wurden Forderungen nach einem europäischen Sitz im Sicherheitsrat deutlich, die dann mit dem Verweis auf bestehende Koalitionen verworfen wurden. Aber aus Fehlern lernt man ja bekanntlich. Wir, die LRP, können nur hoffen, dass die APD und die KVP dies noch einsehen.

(Teilweise Beifall - Teilweise Lachen)

In den Bereichen humanitäre Hilfe und Menschenrechte ist das ja schon geschehen.

Da hat es funktioniert. Im elementaren Teil bezüglich des Weltsicherheitsrates fehlt diese Einsicht allerdings noch. Zuerst wird von einem deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat gesprochen, dann von der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und erst dann von einem europäischen Sitz im Weltsicherheitsrat. Daher stellt sich die Frage, wie die Damen und Herren von der Koalition das Scheitern der Sicherheitsreform in der UNO beurteilen. War das Nein zu einem deutschen Sitz aus den Reihen der EU und der Staatengemeinschaft ein Missverständnis? Nehmen Sie die damit verbundenen Signale nicht ernst oder besteht bei Ihnen einfach die Meinung: „Doppelt hält besser“?

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die Reform der UNO darf nicht dazu missbraucht werden, nationale Interessen zu stärken. Sie darf auch nicht dazu führen, dass Deutschland versucht, sich außen- und sicherheitspolitisch zu profilieren. Die Strukturen der UNO und gerade die des Sicherheitsrats müssen dem 21. Jahrhundert angepasst werden. Diese Punkte fehlen in Ihrem Antrag komplett.

(Zuruf: Das steht da drin!)

Ein gemeinsamer Sitz der EU sowie die Vertretung aller Kontinente mit einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat - das wird von der ÖSP und uns gefordert - ist somit das einzig legitime und sinnvolle Ziel.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Es darf aber nicht versucht werden, dieses Ziel per Schnellschuss zu erreichen. Diplomatische Mehrheitsbildungen sind dann auszuloten, wenn die EU an ihrem angestrebten Ziel angekommen ist. Das Ziel lautet: Alle europäischen Länder ratifizieren die europäische Verfassung.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Man sieht: Die Punkte EU und UNO liegen nahe beieinander. Eine Strategie, wie sie von Ihnen angestrebt wird, nämlich beides zur gleichen Zeit auf den Weg zu bringen, ist völlig illusorisch. Ein Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat - und sei er nur angestrebt - schadet der europäischen Einigung und führt unweigerlich zu einem unscharfen Bild des

europäischen Gedankens. Im Umkehrschluss ist eine Reform der Vereinten Nationen nur mit einer einheitlichen Stimme Europas machbar. Vor diesem Problem verschließen sich die KVP und die APD.

(Teilweise Beifall - Teilweise Widerspruch)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mit Ihrem Antrag wird die europäische Einigung auf unbestimmte Zeit verschoben, das Ende der europäischen Verfassung besiegelt und eine weitere Reform des Weltsicherheitsrates zunichte gemacht. Sollte die KVP - wie zu Beginn der Ausschusssitzungen - nicht noch einmal zu einer Erkenntnis gelangen und doch für einen europäischen Sitz und den Antrag der ÖSP und der LRP stimmen, so werden wir eine weitere Debatte über eine UNO-Reform fordern, die damit beginnt, dass man einsieht, dass man aus Fehlern lernen muss. Dann können wir sogar hinzufügen, dass bei Fehlern der APD und der KVP gilt: Aller guten Dinge sind drei.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich bitte um die Annahme unseres Änderungsantrages.
Herzlichen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Das Wort hat Hannelore Bern, KVP.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Hannelore Bern (KVP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute stehen wir an einem Scheideweg der deutschen Außenpolitik. Meine Fraktion, die der Konservativen Volkspartei, fordert die Bundesregierung auf, einen ständigen Sitz Deutschlands im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen anzustreben.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Neu ist diese Forderung keinesfalls, wie uns die liebe Kollegin der LRP in Erinnerung gerufen hat.

Wir verfolgen dieses Ziel aus folgenden Gründen: Deutschland hat schon jetzt äußerst wichtige diplomatische Beziehungen,

welche uns in den Beratungen des Sicherheitsrates sehr von Nutzen sein können. Unser Land ist der drittgrößte Beitragszahler der Vereinten Nationen. Die Bundesrepublik spielt zudem eine sehr große Rolle in internationalen Militäreinsätzen. Die momentane Unterstützung, die Deutschland den Vetomächten des Sicherheitsrates in maßgebenden internationalen Entscheidungen zusichert, zeigt außerdem die außenpolitische Schlüsselrolle, die Deutschland immer mehr einnimmt.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Dies alles impliziert die große Verantwortung, die Deutschland mittlerweile trägt. Gerade aus dieser Verantwortung heraus müssen wir uns verstärkt für die Sicherung des Friedens einsetzen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir, die KVP, verstehen die Opposition nicht, die für schwache Länder Sitze im Weltsicherheitsrat fordert. Diese Länder brauchen unsere Unterstützung bei der Sicherung ihres Friedens.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir halten es für unabdinglich, dass Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europa die wichtige Aufgabe wahrnimmt, dem Frieden der Welt zu dienen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir werden in Absprache mit unseren Partnern ein Vetorecht fordern. Dies - ich betone das ausdrücklich - bedeutet keine Abkehr von der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, sondern eine Unterstützung und Stärkung derselben. Nur weil derzeit noch keine gemeinsame außenpolitische Vertretung der Europäischen Union möglich ist, fordern wir einen Sitz für Deutschland. Dies tun wir einzig aus dem Grund, weil uns langfristig eine gemeinsame starke Vertretung wichtig ist. Das ist unser Ziel.

Gerade die Konservative Volkspartei steht für die europäische Integration, die schließlich auch Teil der transatlantischen Beziehungen ist.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Deshalb ist es so wichtig, als Europäische Union im Weltsicherheitsrat geschlossen vertreten zu sein. Auch hier tragen wir die zuvor angesprochene Verantwortung. Die Europäische Union hat es geschafft, Frieden in Europa zu etablieren und dauerhaft sicherzustellen. Das streben wir weltweit an. Es ist unsere Aufgabe, das zu tun.

Sie sehen: Dieser Antrag ist von maßgeblicher Bedeutung für die internationale Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb appelliere ich an Sie alle, unserem Antrag zuzustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Nächster Redner ist Philip Schönhausen, ÖSP.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Philip Schönhausen (ÖSP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute sind wir hier zusammenkommen, um über ein Gesetz zu entscheiden, das extrem wichtig für Europa und sogar für die ganze Welt ist. Heute entscheiden wir über mehr als nationale oder europäische Interessen. Wir entscheiden über globale Gerechtigkeit.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die ÖSP glaubt - nein, sie weiß -, dass ein Sitz Deutschlands kontraproduktiv wäre, da das Übergewicht Europas durch einen Sitz Deutschlands verstärkt werden würde. Dies ist gegenüber den restlichen Nationen ungerecht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt)

Ich frage Sie, ob wir nur aus nationalen Interessen alle Ideale des Vertretungsrechts der Völker und einer gleichmäßigen Verteilung der Sitze im Sicherheitsrat über Bord werfen können oder dürfen.

(Zuruf: Nein!)

Durch einen Sitz Deutschlands würde die Konstruktion des Sicherheitsrats verändert und die UNO einen immensen Schaden erleiden.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Die ÖSP setzt sich daher für einen Sitz der EU im Sicherheitsrat ein.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Außerdem tritt sie vehement und entschieden für die Aufnahme stabiler Nationen aus bisher unterrepräsentierten Regionen ein. Dabei kommt es nicht darauf an, wie reich sie sind, sondern darauf, ob sie die Menschenrechte einhalten und die Ziele der UN verfolgen.

(Teilweise Beifall - Teilweise Widerspruch)

Denn Geld und Waffen sind nicht alles. Das sollten die Kollegen von der APD wissen; aber manchmal führt eine Koalition zu Gedächtnisverlust.

(Teilweise Beifall - Teilweise Widerspruch)

Wir brauchen keine Übergangslösung für den Sicherheitsrat, sondern einen umfassenden Dialog mit den europäischen Partnern und anderen Ländern, der zu einer endgültigen Lösung führt. Egoismus und nationalstaatliche Profilierungssucht sind von gestern. Stimmen Sie in den folgenden Abstimmungen für die Änderungsanträge! Schauen Sie mit uns in die Zukunft! Lassen Sie uns gemeinsam die Welt verbessern!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Nun hat das Wort der Kollege Kai Ohnesorg, APD.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Kai Ohnesorg (APD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrten Damen und Herren! Warum braucht Deutschland eigentlich einen Sitz im Weltsicherheitsrat? Diese Frage wurde vorhin aus den Reihen der linken Seite des Hauses gestellt. Wenn wir einmal ganz ehrlich sind, dann müssen wir zugeben, dass wir das Thema präziser formulieren müssen. Es geht hier nicht um einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat, es geht um einen europäischen Sitz.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Wir müssen uns an dieser Stelle fragen: Wie können wir dieses Ziel gemeinsam erreichen? Denn es ist unser gemeinsames Ziel. Ich denke, da sind wir uns alle - auch mit der Opposition - einig.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Wir unterscheiden uns in dem Weg, den wir gehen wollen. Wir haben aber dasselbe Ziel. Wir alle sehen, dass wir im Moment leider noch keinen europäischen Sitz im Weltsicherheitsrat durchsetzen können. Aber wir wollen nicht einfach tatenlos abwarten, sondern jetzt den ersten Schritt gehen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Diesen ersten Schritt stellt ein ständiger Sitz Deutschlands im Weltsicherheitsrat dar. Denn mit dieser Möglichkeit können wir den Weltsicherheitsrat von innen aufmischen und reformieren und so die Grundlage für einen europäischen Sitz schaffen. Zudem sind wir davon überzeugt, dass wir dann Vorreiter für andere Staatengemeinschaften werden können. Dann können zum Beispiel die Arabische Liga oder die Afrikanische Union einen Abgeordneten im UN-Sicherheitsrat stellen. Das ist eine Forderung der Opposition, die wir mit unserem Vorschlag durchsetzen möchten.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Wir suchen nicht den Konflikt mit anderen Kulturen, sondern Kommunikation, die zu Friedenssicherung führt. Diese Friedenssicherung ist in der UN-Charta verankert. Sie ist letztendlich unser Ziel. Das Bekenntnis zu den Menschenrechten ist zeitlos. Die Situation von 1945 ist allerdings nicht zeitlos. Noch heute ist der UN-Sicherheitsrat von den damaligen Machtverhältnissen geprägt. Ich denke, wir sind uns einig, dass diese überholt sind.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Da wir, wie angesprochen, den europäischen Sitz noch nicht durchsetzen können, machen wir einen ersten Schritt zu einem deutschen Sitz, um langfristig auf den europäischen Sitz hinzuarbeiten. Kurz- bis mittelfristig ist Deutschland mit seiner wirtschaftli-

chen und auch diplomatischen Kompetenz perfekt für diesen Sitz ausgestattet.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Unser Weg, der Weg der APD und der KVP, steht für einen kontinuierlichen Ausbau einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik mit einem starken Deutschland in der Mitte.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir laden an dieser Stelle alle Abgeordneten in diesem Haus - und damit auch die Opposition - ein, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Ich schließe nun die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache JuP-06/6 zu dem Antrag der Fraktionen der KVP und der APD mit dem Titel „Die Position Europas durch einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat stärken“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache JuP-06/2 in der Ausschussfassung anzunehmen.

Hierzu liegen Änderungsanträge vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PSG auf Drucksache JuP-06/10. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen der Konservativen Volkspartei und der Arbeiterpartei Deutschlands

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

gegen die Stimmen der Fraktion der Partei Soziale Gerechtigkeit bei Enthaltung der beiden anderen Fraktionen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen der LRP und der ÖSP auf Drucksache JuP-06/11. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen der Konservativen Volkspartei

und der Arbeiterpartei Deutschlands bei Gegenstimmen der Fraktionen der LRP und der ÖSP und Enthaltung der Fraktion der Partei Soziale Gerechtigkeit.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen der KVP und der APD auf Drucksache JuP-06/12. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag angenommen mit den Stimmen der Fraktionen der KVP und der APD

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

bei Gegenstimmen der drei Oppositionsfraktionen.

Ich frage nun: Wer stimmt für die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses - also für die Annahme des Antrags in der Ausschussfassung - einschließlich der soeben beschlossenen Änderungen? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Dann ist diese Beschlussempfehlung einschließlich der soeben beschlossenen Änderungen angenommen mit den Stimmen der Fraktionen der Arbeiterpartei Deutschlands und der Konservativen Partei Deutschlands gegen die Stimmen der drei Oppositionsfraktionen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Regierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft**

- Drucksache JuP-06/3 -
(Erste Beratung 1. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Frauen und Familie
- Drucksache JuP-06/7 -

Es liegen je ein Änderungsantrag der Fraktionen der PSG und der ÖSP sowie der Fraktionen der KVP und der APD vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. - Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen AI Abahma, KVP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

AI Abahma (KVP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir wollen heute über den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft abstimmen. Dazu ist es höchste Zeit. Zahlreiche Länder haben ähnlich geartete Gesetze schon vor langer Zeit beschlossen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang unter anderem auf die USA eingehen. Die Vereinigten Staaten haben seit längerem ein Gleichstellungsgesetz. Dort beträgt der Frauenanteil im Management 46 Prozent. In unserem Nachbarland Frankreich wird jedes fünfte Unternehmen von einer Frau geleitet; in Deutschland dagegen nur jedes 33. Unternehmen. Mit dem Gleichstellungsgesetz schließen wir in diesem Punkt endlich zu unseren wichtigen Partnern in der Welt auf.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Mit dem Gleichstellungsgesetz stärken wir, die größte Volkswirtschaft Europas, unsere Position in der Welt. Es kann nicht sein, dass die Bundesrepublik Deutschland auf diesem Gebiet länger zurücksteht.

In den Ausschüssen ist es gelungen, einen sehr ausgewogenen Gesetzentwurf zu erarbeiten. Das zunehmend wichtiger werdende Potenzial von Frauen wird verstärkt genutzt, ohne wichtigen privatwirtschaftlichen Interessen zu schaden. Die KVP steht für die Förderung des Potenzials von Frauen im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Das ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Eine nicht zu unterschätzende Anzahl von Unternehmen wird ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bereits gerecht.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern - Zuruf: Das glauben aber auch nur Sie!)

Durch unser Gesetz würden diese Unternehmen in ihrem Engagement gestärkt und gefördert. Zudem setzt das Gesetz Anreize für die Unternehmen, die diesen Anforderungen noch nicht gerecht werden, damit sie den Anforderungen in Zukunft entsprechen.

Von eminenter Wichtigkeit ist es, Folgendes festzustellen: Die Staatskasse würde durch das neue Gesetz nicht zusätzlich be-

lastet. Das ist angesichts der momentanen Haushaltssituation unabdingbar.

Lassen Sie mich als Sprecher der KVP in der Arbeitsgruppe Recht feststellen, dass der Entwurf des Gesetzes zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft handwerklich hervorragend gearbeitet ist. Juristisch gibt es daran nichts auszusetzen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Dieses Gesetz markiert den Endpunkt einer langen, ja zu langen Diskussion in Parlament und Gesellschaft und ist, so denke ich, für alle Fraktionen tragfähig. Eine Ablehnung wäre unseren Mitbürgern, denen wir verpflichtet sind, nicht zu vermitteln. Ich appelliere daher an Sie, dieser Gesetzesvorlage zuzustimmen. Nehmen Sie Ihre Verantwortung als Parlamentarier wahr!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Nun erteile ich das Wort dem Kollegen Richard Exner, LRP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Richard Exner (LRP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir Leid, dass ich Ihnen mitteilen muss, dass die LRP diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen kann.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern - Zurufe: Oh!)

- Das ist wirklich schade, weil dadurch konstruktive Arbeit verloren geht. Das Wichtigste haben wir aber nicht durchsetzen können. Die Zielsetzung des Antrags ist zwar löblich - das ist keine Frage; nicht, dass Sie uns falsch verstehen -, der Weg dorthin muss aber anders ausschauen.

Eines muss klar sein - das sage ich gleich vorweg -: Seit 2001 besteht eine Vereinbarung mit der Industrie, wonach diese die Gleichberechtigung von Männern und Frauen verstärkt fördert. Teil dieser Vereinbarung ist, dass die Legislative so lange keinen Gesetzentwurf vorlegt, wie nicht nachweisbar ist, dass dieser Vereinbarung nicht nachgekommen wurde. Das heißt, dass die Parteien, die diesen Antrag unterstützen, eine Bringpflicht haben. Sie müssen erst einmal zeigen, dass sich seit 2001 überhaupt nichts getan hat.

Dafür gibt es keinen Hinweis. Die Statistiken, die den Arbeitsgruppen vorlagen, reichen für eine Bewertung hinten und vorne nicht aus, weil sie keinen Vergleich ermöglichen. Sie sind datiert auf die Jahre 2002 und 2003. Diese Daten helfen uns überhaupt nicht weiter. Sie haben die Bringpflicht. Sie müssen erst einmal sagen, warum wir dieses Gesetz überhaupt verabschieden sollen. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu sagen, warum wir dieses Gesetz nicht wollen. Darüber müssen Sie nachdenken.

Frauen sind auf den verschiedenen Ebenen - das zeigen die Statistiken - unterschiedlich repräsentiert. Diskriminierung ist nur *ein* Aspekt. Unserer Meinung nach ist das Problem vielschichtig und tief in der Gesellschaft verankert. In den Köpfen der Menschen muss sich ein Wandel vollziehen. Ein Gesetz kann das nicht regeln.

Eine starre Quotenregelung ist vollkommen unangebracht. Gleichberechtigung bedeutet in erster Linie Chancengleichheit. Chancengleichheit beinhaltet aber nicht die Garantie, dass diese Chancen wahrgenommen werden. Deshalb sind Quoten unangebracht.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir fragen danach, ob Frauen in einem Betrieb der Aufstieg verwehrt wird, und nicht danach, ob Führungspositionen von Frauen besetzt sind oder nicht. Sehen Sie den kleinen, aber feinen Unterschied?

(Zurufe: Nein!)

Es geht um Chancengleichheit und nicht darum, die Chancen eines jeden Menschen vorab zu verwirklichen. Da besteht ein ganz enormer Unterschied. Wir können nicht die Arbeit der anderen erledigen.

(Zuruf: Lesen Sie den Gesetzentwurf!)

- Ich habe ihn sehr gründlich gelesen. Das ist gar keine Frage.

(Rainer Vortmann (KVP): Auch verstanden?)

- Ja, ich habe ihn auch verstanden; wahrscheinlich besser als Sie, obwohl Sie ihn geschrieben haben.

(Rainer Vortmann (KVP): Dann hätten Sie einen Änderungsantrag stellen können!)

- Hören Sie zu! Quoten können nicht als Bewertungskriterium dienen.

Der Gesetzentwurf beinhaltet die Forderung, dass seitens der Betriebe Konzepte vorgelegt werden. Das ist keine Alternative. Der Entwurf ist an dieser Stelle unglaublich schwammig formuliert. Wie leicht wäre dieses Gesetz zu umgehen, wenn das bloße Verfassen einer Analyse der unternehmensinternen Gleichstellungsbemühungen genügen würde, um Quotenregelungen zu entgehen? Darum wurde hinzugefügt, dass die Wirksamkeit der Konzepte geprüft werden muss. Ich frage Sie, wie wir die Wirksamkeit dieser Konzepte prüfen wollen, wenn nicht anhand von Quoten. Warum das nicht geht, habe ich gerade schon erläutert. Wie die Wirksamkeit der Konzepte überprüft werden soll, steht nicht im Entwurf. In dieser Hinsicht ist er absolut nicht konkret. Damit steht und fällt aber das ganze Gesetz. Wir müssen uns doch über die Kriterien, nach denen wir die Unternehmen beurteilen wollen, im Klaren sein. Aussagen dazu fehlen in dem Gesetzentwurf komplett.

(Vereinzelt Widerspruch)

- Sie können so lange mit dem Kopf schütteln, wie Sie wollen. Das ändert daran auch nichts.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Herr Abahma, Sie haben gesagt, der Gesetzentwurf sei juristisch vollkommen unbedenklich. Das sehe ich nicht so. Das Erzwingen von Quoten ist juristisch höchst problematisch; denn das Bildungsniveau der Mitarbeiter ist nicht zu 100 Prozent vergleichbar. Wir müssen uns bewusst sein, dass sich dieser Anspruch in der Realität nicht umsetzen lässt. Die Ausbildung des einen lässt sich mit der des anderen nicht gleichsetzen. Das Gesetz hätte zur Folge, dass ein Mitarbeiter, der aufgrund seiner fachlichen Kompetenzen eine Beförderung verdient hätte, abgehängt, jemand anders ihm vorgezogen werden könnte.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Sie sollten auf Ihre Redezeit achten.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Richard Exner (LRP): Ja. Es dauert nur noch länger, wenn ihr noch länger klatscht.

(Zuruf: Kurz und bündig!)

- Ja. Der letzte Punkt.

(Zurufe: Oh!)

Der mit dem Gesetz verbundene erhebliche Bürokratieaufwand, das Einstellen eines Gleichstellungsbeauftragten - -

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, ich muss Sie wirklich an Ihre Redezeit erinnern. Sie haben sie schon überschritten.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Richard Exner (LRP): Ich komme zum Schluss. - Das Bereitstellen von Teilzeitarbeitsplätzen ist sehr teuer. Gerade kleine und mittelständische Betriebe würden durch dieses Gesetz unglaublich belastet. Dadurch würden unternehmerische Freiheiten eingeschränkt. Das kann die LRP nicht zulassen. Deshalb werden wir dieses Gesetz ablehnen. Sie können so lange mit dem Kopf schütteln, wie Sie wollen. Wir stehen zu unserem Wort.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Nun hat die Kollegin Dagmar Siebels, APD, das Wort.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Dagmar Siebels (APD): Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Frauen haben durchschnittlich bessere Abschlussnoten, stellen 55 Prozent der Abiturienten, machen 51 Prozent der Gesellschaft aus und sind dennoch nur zu 11 Prozent in den Führungsetagen der Unternehmen vertreten, verdienen nur 70 Prozent des „Männerlohns“ und verzichten zumeist entweder auf Karriere oder Familie. Ist das das Bild einer sozialen, gerechten und freien Gesellschaft? Ist das das Bild eines Landes, das für Chancengleichheit steht? Die Arbeiterpartei Deutschlands sagt: Nein!

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Damit stehen wir nicht allein. Neben einigen verehrten Abgeordneten pflichtet uns auch das viel zitierte Grundgesetz bei. In diesem werden wir als Vertreter aller Bürge-

rinnen und Bürger aufgefordert, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchzusetzen und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Ich nehme an, dass die Verfassung für uns alle die Grundlage aller Entscheidungen ist.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Doch inwiefern ist die viel genannte Selbstregulierung im Sinne der Verfassung? Wir dürfen die Hände nicht tatenlos in den Schoß legen und darauf hoffen, dass sich die Welt von selbst verändert.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir müssen zu verbindlichen Maßnahmen und Sanktionen greifen. Ein Blick in Länder wie die USA, Schweden und Österreich zeigt uns, dass bestehende Ungleichheiten im Berufsleben nur durch das Eingreifen des Staates - sei es durch den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze oder durch Quotenregelungen - behoben werden können. Und ging es in den USA nach Einführung des Gleichstellungsgesetzes mit der Wirtschaft bergab, wie es manche prophezeien?

Mit der Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfs stellen wir die Weichen für ein gerechteres Deutschland, für ein Deutschland ohne Klassenunterschiede, für ein Deutschland, in dem Erfolg nicht vom Geschlecht abhängt, für ein Deutschland, in dem Familie und Beruf vereinbar sind.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Dieses geplante Gesetz zwingt die Unternehmen nicht, schlechter Qualifizierte einzustellen oder zu befördern, es bedeutet für uns auch keine unzumutbare Zunahme an Bürokratie, sondern beinhaltet das Nutzen der Potenziale aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Meine Damen, meine Herren, lassen Sie uns heute damit beginnen!

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Nun hat Kollege Professor Herbert Prasse, PSG, das Wort.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Herbert Prasse (PSG): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erinnere mich noch sehr genau an meine Kindheit vor 60 Jahren.

(Heiterkeit bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich will Ihnen erklären, warum. Meine Mutter stand am Herd und sorgte für uns Kinder. Mein Vater war arbeiten. Man hielt Frauen im Allgemeinen nicht oder nur bedingt fähig zum Arbeiten und Geldverdienen. Dementsprechend war die damalige Zeit von Männern geprägt. Frauen in Führungspositionen? Ein Ding der Unmöglichkeit, absolut undenkbar.

Sie werden nun sicherlich die Frage nach der Aktualität meiner Ausführungen stellen und nach dem Bezug zum Gesetzentwurf fragen. Sie werden vielleicht leichtfertig behaupten, dass sich die Zeiten geändert haben, dass wir in moderneren, in aufgeklärteren Zeiten leben. Ich aber frage an dieser Stelle: Haben sich die Zeiten wirklich geändert? Haben wir wirklich moderne Zeiten? Diese Fragen muss ich leider verneinen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Sicherlich, Frauen arbeiten in Firmen. Unter den 100 führenden Unternehmen in Deutschland ist aber nur eines - das will ich betonen -, in dem eine Frau in eine Führungsposition gelangt ist. Die Ergebnisse zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen von Institutionen und Forschungseinrichtungen zeigen, dass Frauen in Führungspositionen stark unterrepräsentiert sind. Darüber wurde bereits in den Ausschüssen gesprochen. Die Partei der sozialen Gerechtigkeit, die die soziale Kraft im Plenum darstellt, will diese Diskriminierung endlich effizient bekämpfen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Dieses Gleichstellungsgesetz ist absolut notwendig. Wir sprechen uns auch im Bewusstsein unserer Verantwortung für die Einhaltung der Verfassung für dieses Gesetz aus. Denn in Art. 3 des Grundgesetzes ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau festgeschrieben.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir sind, wie gesagt, für diesen Antrag. Er geht uns aber noch nicht weit genug. Wir

geben uns mit Stückwerk nicht zufrieden. Wir wollen einen wohl überlegten, sachlichen und gut ausgearbeiteten Entwurf.

Hier taucht die nächste Frage auf: Warum sind Frauen zum Teil unterrepräsentiert? Ganz einfach: weil sich ein Großteil der Frauen zwischen Familie und Beruf entscheiden muss. Da gibt es nur ein Entweder-oder. Familie *und* Beruf gibt es nicht. Es gibt Familie *oder* Beruf. Das kann aber nicht richtig sein.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Widerspruch bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen von der Fraktion der KVP?

Herbert Prasse (PSG): Ja.

Rainer Vortmann (KVP): Herr Kollege, ich bedanke mich. - Ihre Rede stellt immerhin das positive Gegenstück zur Rede des Abgeordneten von der LRP dar. Trotzdem möchte ich Sie fragen, ob Sie tatsächlich der Meinung sind, dass es im Sinne der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist, hier im Parlament den Teufel an die Wand zu malen und sämtliche Fortschritte, die in den letzten Jahren erreicht wurden, konsequent wegzureden? Ich denke, das kann nicht die Lösung des Problems sein. Akzeptieren Sie die Wirklichkeit! Helfen Sie uns und unterstützen Sie uns dabei, die Bedingungen weiter zu verbessern! Reden Sie nicht alles schlecht, was bisher erreicht wurde!

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Herbert Prasse (PSG): Darauf antworte ich gerne. Ich male nicht den Teufel an die Wand, sondern nenne die Fakten,

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

und die sind nun einmal so. Da können wir so viel reden, wie wir wollen. Natürlich wollen wir ebenso wie Sie, dass die Gleichberechtigung vorangetrieben wird. Das geht aber nur, wenn wir weitreichend für Gleichberechtigung sorgen.

Eine Grundvoraussetzung dafür ist, dass zusätzliche Kinderbetreuungsangebote geschaffen werden. Darauf will ich jetzt zu sprechen kommen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Unsere oberste Maxime ist der Sozialstaat. Chancengleichheit ist ein Ding der Unmöglichkeit, solange wir nicht genügend Kinderbetreuungsmöglichkeiten haben. Sowohl für Behinderte als auch für Frauen muss Chancengleichheit hergestellt werden.

(Lachen bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

- Damit wollte ich nicht die Frauen diskriminieren. Das tut mir Leid.

Die Partei der sozialen Gerechtigkeit fordert, dass § 3 f des ursprünglichen Entwurfs beibehalten bleibt. Es soll den Firmen obliegen, Kindergartenplätze zu schaffen.

Ich möchte auf den Anfang meiner Rede zurückkommen. Tempora mutantur et nos mutantur in illis.

(Heiterkeit und Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir wollen, dass sich die Zeiten ändern. Damit sich die Zeiten ändern, müssen wir aber unsere Einstellung ändern. Dazu sind weit reichende Änderungen erforderlich. Daher sollten Sie unseren Änderungsantrag annehmen. Wir haben uns mit der ÖSP verständigt. Auch sie wird unserem Antrag zustimmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Das Wort hat nun der Kollege Robert Koch, KVP.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Robert Koch (KVP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sicherlich waren Sie heute Morgen genauso schockiert wie ich. Als ich die Zeitung aufschlug, sah ich, dass dort in großen Lettern geschrieben stand: „Zerbricht die große Koalition?“

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Deswegen möchte ich meine Redezeit nutzen, um mich insbesondere bei den Kolle-

ginnen und Kollegen von der APD zu bedanken und Ihnen zu Ihren wirtschaftlich sehr fachkompetenten Mitgliedern zu gratulieren, mit denen wir im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie konstruktiv zusammengearbeitet haben.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Zuruf: Zum Thema kommen!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Prasse von der PSG-Fraktion?

Robert Koch (KVP): Ja.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Bitte.

Herbert Prasse (PSG): Da Sie die Frage aufgeworfen haben, ob die große Koalition zerbricht, und von kompetenter Mitarbeit gesprochen haben, möchte ich Ihnen sagen: Ich hatte den Vorsitz im Ausschuss für Familie und Frauen. Als ich die Empfehlungen der anderen Ausschüsse erhalten habe, war ich sehr erstaunt, dass die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses diesen Gesetzentwurf, obwohl er von der Regierung eingebracht worden ist, komplett abgelehnt haben.

(Rainer Vortmann (KVP): Das soll eine Zwischenfrage werden, keine Rede! - Weiterer Zuruf: Wo bleibt denn die Frage?)

Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Da Sie innerhalb Ihrer Koalition absolut uneins sind und sich nicht entscheiden können, was Sie eigentlich wollen, fordere ich Sie auf: Erklären Sie mir bitte, was Sie meinen, wenn Sie von kompetenter Mitarbeit sprechen!

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Zuruf: Das war doch keine Frage!)

Robert Koch (KVP): Sie waren Mitglied des Ausschusses für Familie und Frauen. Ich spreche jetzt allerdings über die Beratungen des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie. Da ich in Ihren Ausführungen keine

klare Frage erkennen konnte, sollten wir uns darüber später unterhalten.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wie gesagt, wir haben mit den Kolleginnen und Kollegen von der APD sehr konstruktiv zusammengearbeitet. So war es uns möglich, eine Beschlussvorlage zu erarbeiten, in der zwei wichtige Komponenten miteinander verbunden werden: dass die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland deutlich gestärkt und die Situation auf dem Arbeitsmarkt verbessert wird.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse)

Sicherlich fragen Sie sich jetzt, wie wir diesen Spagat schaffen wollen. Ich sage es Ihnen - es ist ganz einfach -: Wir wollen die Unternehmen ermutigen, eine Ressource, die bisher noch ziemlich unangetastet war, auszuschöpfen: die Kompetenz der Frauen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich habe in meinem persönlichen und politischen Umfeld die Erfahrung gemacht, dass Frauen an die Lösung von Problemen häufig ganz anders herangehen als Männer. Das hat nicht selten zur Folge, dass Frauen andere, sogar viel kreativere Vorschläge zur Lösung eines Problems entwickeln als viele Männer, die sich über dasselbe Thema Gedanken machen.

(Heiterkeit und Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich bedauere es sehr, dass viele Unternehmen diese kreativen Kompetenzen bisher nicht nutzen - noch nicht. Deswegen war ich auch sehr schockiert, als ich gelesen habe, dass in den 25 größten Unternehmen in Deutschland nicht eine einzige Frau im Vorstand ist - noch nicht.

Angesichts dessen frage ich mich: Wie kann es sein, dass in einem Land wie Deutschland zwar sehr viele Frauen hoch qualifizierte Bildungsabschlüsse machen - die Kollegin von der APD hat das vorhin bereits erwähnt -, dass sie aber trotzdem weniger verdienen als die Männer? Wie kann es sein, dass in einem Land wie Deutschland, das auf sehr vielen Gebieten zur Weltspitze gehört - zum Beispiel beim Fußball -,

(Heiterkeit und Beifall)

der Anteil der Unternehmen, in denen Frauen Positionen im Management bekleiden, bei nur 30 Prozent liegt, wohingegen er in der Türkei 60 Prozent beträgt? Wir spielen hier in einer Liga mit Pakistan. Das sollte man sich einmal beim Fußball vorstellen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die Türkei scheint in diesem Punkt doppelt so offen zu sein wie Deutschland.

Da ich gerade über die Situation im Ausland spreche, -

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen. Bitte sprechen Sie kein neues Thema mehr an.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Robert Koch (KVP): - möchte ich noch kurz auf eines aufmerksam machen: In den USA wurde bereits eine Quotenregelung eingeführt. Das Land ist dadurch nicht unwirtschaftlicher geworden, eher im Gegenteil.

Deswegen möchte ich mit folgendem Satz schließen: Ich bitte Sie alle, dem Vorschlag der Regierung zu folgen und diesen Gesetzentwurf gemeinsam mit uns zu verabschieden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort Kollegin Maria Engel, ÖSP-Fraktion.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Maria Engel (ÖSP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mann oder Frau, das ist hier die Frage. Bereits im Mutterleib bekommt man eine Rolle zugewiesen. Ist das gerecht?

(Heiterkeit)

Dieser Situation sind wir alle täglich ausgeliefert, ganz besonders auf dem Arbeitsmarkt. Frauen haben nur geringe Chancen, in Führungspositionen zu gelangen, obwohl sie über die gleichen Qualifikationen wie Männer verfügen. Warum verwehrt man

Frauen mit gleicher Qualifikation den Zutritt zu höheren Posten? Sie unternehmen alle Anstrengungen, um den Anforderungen des Wettbewerbs zu genügen, bekommen aber keine Chance, weil sie Frauen sind.

Der Gesetzentwurf zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft ist der richtige Schritt, um dem in der Verfassung verankerten Grundrecht der Gleichberechtigung endlich auch in der Privatwirtschaft zur Geltung zu verhelfen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Damit knüpfen wir an die erfolgreiche Umsetzung der Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen Dienst an.

Wir von der ÖSP fordern diesen Gesetzentwurf seit langem. An dieser Stelle möchte ich die Kolleginnen und Kollegen von der ADP darauf hinweisen, dass wir bereits in unserer Regierungszeit eine solche Gesetzesvorlage erarbeitet haben. Der Vorschlag, dass in den Betrieben auf freiwilliger Basis Regelungen zur Förderung der Gleichstellung praktiziert werden, ist eindeutig gescheitert, auch wenn die LRP etwas anderes behauptet. In lediglich 5 Prozent aller Unternehmen wurden betriebliche Vereinbarungen zur Herstellung von Chancengleichheit getroffen. Das ist entschieden zu wenig.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Es muss etwas geschehen. Denn an diesen Zahlen wird deutlich, dass insbesondere im Hinblick auf die Besetzung von Führungspositionen weiterhin ein Ungleichgewicht besteht. Das darf nicht hingegenommen werden. Wir brauchen eine gesetzliche Regelung, durch die in den Unternehmen endlich Chancengleichheit verankert wird.

Ich möchte betonen: Es geht nicht darum, dass Frauen Führungspositionen bekommen sollen, nur weil sie Frauen sind. Allerdings soll den Frauen dann die Möglichkeit, eine Führungsposition einzunehmen, gegeben werden, wenn sie genauso qualifiziert sind wie die Männer. Männer werden durch dieses Gesetz nicht diskriminiert. Auch sie profitieren von den Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung.

Dennoch muss ich sagen: Dieser Gesetzentwurf geht uns nicht weit genug.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Der Schlüssel zum Erfolg ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Daher ist es notwendig, in diesem Gesetzentwurf auch die Forderung nach der Einrichtung betrieblicher Kindergärten zu berücksichtigen, sodass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie endlich realisiert werden kann.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Aufgrund dessen plädieren wir gemeinsam mit der PSG dafür, einen Paragraphen in den Gesetzestext aufzunehmen, in dem genau dies geregelt wird.

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf werden sowohl die Frauen als auch die Männer gefördert. Es geht darum, für eine tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu sorgen. Chancengleichheit muss für alle gelten.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Heute haben wir die besondere Chance, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, wie sie im Grundgesetz verankert ist, auch in der Privatwirtschaft festzuschreiben. Lassen Sie diese Chance nicht ungenutzt! Lassen Sie uns diesen Weg in die gleichberechtigte Gesellschaft des 21. Jahrhunderts gemeinsam gehen! Stimmen Sie für diesen Gesetzentwurf!

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort Kollegen Andreas Mertin, APD-Fraktion.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Andreas Mertin (APD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Grunde genommen ist es schade, dass ich Sie nicht auffordern kann, die Schublade am Tisch vor Ihnen zu öffnen. Ich bin mir sicher, dass viele von Ihnen darin ein Buch finden würden, das die bedeutende Aufschrift „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ trägt. Halten wir uns aber lieber an die Regeln dieses Hauses und wagen wir keinen Blick in diese Schublade. Dennoch fordere ich uns alle auf: Besinnen wir uns

gemeinsam auf die Verfassung, die nicht nur unserer politischen Diskussion zugrunde liegt! Besinnen wir uns auf die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft, die Einfluss auf die Gestaltung unseres Grundgesetzes genommen haben!

Soziale Marktwirtschaft bedeutet eben nicht - das sollten sich die Damen und Herren zu meiner Rechten vergegenwärtigen -, dass einem Unternehmer unbeschränkter Handlungsspielraum eingeräumt wird. Gewisse Spielregeln müssen nun einmal sein.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Zu diesen Regeln der sozialen Marktwirtschaft gehört, allen Bevölkerungsgruppen einen würdigen Platz in der Gesellschaft zu gewähren und energisch dafür einzutreten, dass dieser Platz nicht verbaut wird.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Nichts anderes tun wir mit unseren Sozialsystemen und nichts anderes beantragt die Bundesregierung heute.

Ich möchte klarstellen: Unsere Fraktionen stehen geschlossen hinter diesem Gesetzentwurf. Wir bedauern sehr, dass einzelne Abgeordnete ihre Fraktion verlassen haben. Allerdings sind wir alle unserem Gewissen verpflichtet. Nunmehr sind die Fraktionen von KVP und APD einer Meinung.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Im vorliegenden Gesetzentwurf geht es ganz konkret um die Beseitigung der Benachteiligung eines Geschlechts. Uns allen ist doch klar: Frauen stellen die eine Hälfte unserer Gesellschaft dar, Männer die andere. Daher müssen wir in unserer sozialen Marktwirtschaft eine Lage schaffen, in der beide Geschlechter eine gleichwertige Position einnehmen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Diesem Zweck dient dieser Gesetzentwurf.

Wir werden für die Gleichstellung von Männern und Frauen sorgen. Wir wollen jedem Unternehmen die freie Entscheidung überlassen, die dafür notwendigen Regelungen nach seinen jeweiligen Bedürfnissen und Möglichkeiten auszugestalten. Nur in dem Fall, dass man sich in einem Unternehmen keine derartigen Bemühungen macht, kön-

nen wir durch dieses Gesetz fördernd und regelnd eingreifen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, unsere Wähler erwarten von uns, dass wir uns für unsere gemeinsamen Wertvorstellungen einsetzen. Ganz klar ist, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau einen unserer wichtigsten Werte darstellt. Darin sind wir uns alle einig.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Bekennen wir uns dazu, dass dieser Grundsatz nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch in der Praxis umgesetzt wird! Nur so können wir die Zukunft gestalten. Wagen wir also einen weiteren Schritt in Richtung Gleichberechtigung! Heute haben wir die Chance dazu.

Danke schön.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort dem fraktionslosen Abgeordneten Paul Maria Weinzierl.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Paul Maria Weinzierl (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder dieses Hohen Hauses! Hier soll heute ein Gesetz verabschiedet werden, welches pures Gift für die deutsche Wirtschaft ist.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Der Gesetzentwurf, welchen die Regierungsfaktionen beschließen wollen, ist ein fauler Kompromiss, welcher nicht der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft, sondern nur der reinen Machterhaltung dient. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat sich mit überwältigender Mehrheit, vor allem mit den Stimmen der beiden Regierungsfaktionen, gegen eine gesetzliche Regelung der Gleichstellung von Frauen und Männern ausgesprochen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage eines Kollegen von der ÖSP?

Paul Maria Weinzierl (fraktionslos): Aufgrund meiner begrenzten Redezeit kann ich keine Zwischenfrage gestatten.

(Heiterkeit und Beifall)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Herr Kollege, das ist ein Fehler. Denn so hätten Sie Ihre Redezeit verlängern können. Nun haben Sie aber Nein gesagt.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Paul Maria Weinzierl (fraktionslos): Der Ausschuss begründet seine Haltung damit, dass die Aufblähung der Bürokratie in keinem Verhältnis zur Effizienz der im Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen steht. Ich appelliere an Sie, frei gewählte Abgeordnete, Ihrem Gewissen und Ihrer Verpflichtung gegenüber Ihren Wählern zu folgen und sich nicht dem Fraktionszwang und -denken zu beugen. Stimmen Sie zum Wohle der deutschen Wirtschaft gegen diesen Gesetzentwurf!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort Kollegin Professor Lysian Lange, KVP-Fraktion.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Dr. Lysian Lange (KVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn meiner Rede möchte ich betonen, wie traurig mich die heutige Situation macht. Wir befinden uns mittlerweile im 21. Jahrhundert und werden heute - hoffentlich - einen Gesetzentwurf zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern verabschieden bzw. verabschieden müssen, weil wir es bisher nicht geschafft haben, den Gedanken der Gleichberechtigung in den Köpfen der Menschen zu verankern.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir sollten die Unternehmen, in denen die Gleichstellung gefördert wird, unterstützen. Da viele Betriebe ohnehin mit hohen Bürokratieschranken zu kämpfen haben, dürfen wir sie nicht zusätzlich belasten. Wir müssen den Unternehmen, in denen die Gleichstellung gefördert wird, eine besondere Ehre zuteil werden lassen. Genau das ist für unser Land wichtig.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir brauchen keine Sanktionen oder Strafen für die Unternehmen, in denen die Gleichstellung nicht gefördert wird, sondern wir müssen die große Bedeutung der Gleichstellung hervorheben und auf die Befähigung der Frauen in unserer Gesellschaft und ihre Qualifikationen aufmerksam machen. Wir dürfen sie aber nicht diskriminieren, indem wir die Unternehmen, in denen sie arbeiten, mit Sanktionen belegen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Des Weiteren sollten wir dafür sorgen, dass sich die Frauen in unserem Land nicht immer zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen, sondern dass sie einen Kompromiss finden können. Es darf nicht so sein, dass sie bei jeder Tätigkeit, die sie ausüben, ein schlechtes Gewissen haben und sich fragen müssen, wer sich in ihren Familien wohl gerade von ihnen vernachlässigt fühlt.

Für uns, die KVP-Fraktion, ist insbesondere der Paragraph des vorliegenden Gesetzentwurfes wichtig, in dem es um die Teilzeitarbeit geht. Auch Frauen müssen in einer Zeit des Lohndumpings, in der das Einkommen des Ehepartners allein in den meisten Fällen nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, ihre Verantwortung für ihre Familie wahrnehmen, ohne dabei ihre Kinder zu vernachlässigen.

Wir als KVP-Fraktion bitten Sie daher, diesen Gesetzentwurf anzunehmen.

Danke.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Als letztem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich dem Kollegen Erhard Petersen, APD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Erhard Petersen (APD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen vor einer historischen Abstimmung. Am Anfang des letzten Jahrhunderts hat unsere Partei, die APD, einen historischen Schritt getan, der als Wegbereiter sämtlicher Verordnungen und Gesetze zur Gleichstellung angesehen werden kann: Als die Neoliberalen im Parlament Frauen noch als Objekte betrachteten, haben wir das Frauenwahlrecht eingeführt.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Unsere Fraktion hat sich inzwischen fast daran gewöhnt, diejenige zu sein, die neue Ideen einbringt. Wir mussten den Mitgliedern der anderen Fraktionen bereits oft begründlich machen, dass Fortschritt auch Zukunftsdenken bedeutet. Allerdings bin ich überrascht: Die Fakten liegen ganz offenkundig auf dem Tisch. Dennoch sind einige hoch geschätzte Abgeordnete nicht bereit, sie zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Da mir aber daran gelegen ist, dass auch diese Herrschaften den Umgang mit den Zahlen lernen - zum Großteil kommen sie aus der Wirtschaft und sollten das eigentlich können -, gebe ich ihnen ein wenig Nachhilfeunterricht. Immer wieder dringt die Behauptung in mein Ohr, die Gleichberechtigung reguliere sich selbst. Werfen wir doch einmal einen Blick auf die relevanten Zahlen - ich glaube dieser Statistik, auch wenn ich sie nicht selbst gefälscht habe -: Der Vorstand des größten deutschen Unternehmens - dessen Vorstandsgehälter im Übrigen vor kurzem um 30 Prozent erhöht werden sollten - umfasst zwölf Personen. Wie viele Damen gehören zu diesem wundervollen Dutzend? Ganze 0,00 Prozent! Da ist es schon wahnsinnig großer Optimismus, davon zu sprechen, dass sich hier eine Eigenregulierung erkennen lasse.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Hier wird immer auf dem Wirtschaftsausschuss herumgeritten. Das kommt mir vor, als wenn man einen wilden Gaul zähmen wollte. Die meisten Missverständnisse bei uns in der APD-Fraktion - und ich gehe davon aus, dass es in der KVP genauso ist -

können durch intensive Gespräche geklärt werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Jetzt zum bösen, bösen Stichwort „Demokratie“ - -

(Teilweise Lachen)

- Entschuldigung: „Bürokratie“!

(Teilweise Lachen und Beifall)

„Die bösen Arbeiter wollen alles reglementieren, und dann verprassen diese Sozis auch noch die Steuergelder“ - etwas Besseres ist Ihnen nicht eingefallen?

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Zunächst einmal: Wenn sich jedes Unternehmen an die Vorgaben des Gesetzgebers halten würde, wäre keinerlei „Bürokratie“ - wie Sie es nennen - notwendig.

(Zuruf von der ÖSP: Aber es ist nicht so!)

Dann wären da noch die Steuergelder. Es gibt genügend Behörden - die übrigens von Regierungen ohne Beteiligung der APD zuhauf eingerichtet wurden.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen. Sie haben Ihre Redezeit schon überschritten.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Erhard Petersen (APD): Das will ich gleich; danke. - Für diese Behörden wäre es ein kleines Übel, die Gleichstellungsberichte der Unternehmen zu prüfen.

Zusätzliche Kosten entstehen also, wenn überhaupt, nur in sehr geringem Maße. Wer keine Bereitschaft zeigt, in die Gleichberechtigung zu investieren, der hat nicht verstanden, dass zum Volk Männlein wie Weiblein gehören, und der hat vergessen, dass er Volksvertreter ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Danke schön. - Ich sage es noch einmal:

Wenn sich jemand zu spät zu einer Zwischenfrage meldet, das heißt erst dann, wenn ich bereits darauf hingewiesen habe, dass die Redezeit überschritten ist, kann ich diese Zwischenfrage nicht mehr zulassen; das werden Sie verstehen.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Regierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft, Drucksache JuP-06/3. Der Ausschuss für Frauen und Familie empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache JuP-06/7, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Hierzu liegen Änderungsanträge vor, über die wir zuerst abstimmen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen der PSG und der ÖSP auf Drucksache JuP-06/13. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von KVP, APD und LRP abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen der KVP und der APD auf Drucksache JuP-06/14. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von KVP und APD gegen die Stimmen der anderen Fraktionen angenommen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen von KVP, APD und ÖSP gegen die Stimmen der LRP bei Stimmenthaltung der PSG angenommen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Es ist beantragt worden, sofort in die dritte Beratung - das ist die Schlussberatung - einzutreten. Wir müssen daher zunächst über den Antrag auf sofortigen Eintritt in die dritte Beratung abstimmen. Dieser Antrag bedarf gemäß § 84 Buchstabe b der Geschäftsordnung zu seiner Annahme der Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden.

Diese Mehrheit ist auch deshalb erforderlich, weil von der für die Antragstellung geltenden Frist abgewichen werden soll. Wenn also heute über den Gesetzentwurf abschließend abgestimmt werden soll, müssen Sie mit Ja stimmen.

Wer stimmt für den Antrag auf sofortigen Eintritt in die dritte Beratung? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln angenommen.

Wir kommen damit zur

dritten Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der KVP, der APD und der ÖSP gegen die Stimmen der LRP und einzelne Stimmen aus der KVP bei Enthaltung der PSG und einigen aus der APD - wenn ich das richtig erblickt habe - angenommen. Jetzt können die Antragstellenden Beifall spenden.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Zweite und dritte Beratung des von einer fraktionsübergreifenden Gruppe von Abgeordneten eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des passiven Tabakkonsums**

- Drucksache JuP-06/4 -
(Erste Beratung 1. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit

- Drucksache JuP-06/08 -

Ich weise darauf hin, dass zu diesem Gesetzentwurf ein Änderungsantrag der Fraktion der PSG, ein Änderungsantrag der Fraktion der LRP sowie ein Änderungsantrag der Fraktionen der KVP und APD vorliegen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Markus Radimo Bulle, KVP-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Markus Radimo Bulle (KVP): Danke. - Ich begrüße unseren Herrn Bundestagspräsidenten! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch kurz darauf eingehen, was heute Morgen in der Zeitung stand: dass die große Koalition auseinander bricht. So etwas kann doch nur ein Narr schreiben! Ich kann das nicht nachvollziehen. Wir haben heute schon öfter abgestimmt und es hat sich gezeigt: Die große Koalition hält durchaus zusammen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Einen Bruch der großen Koalition wird es nicht geben.

Der Nichtraucherschutz ist ein sehr schwieriges Thema, insbesondere innerhalb, aber auch außerhalb der Fraktionen. Ich war im Ausschuss Verbraucher und wir haben etwas besprochen.

(Heiterkeit und Beifall)

- Danke. - Ich stelle jetzt die Empfehlung des Ausschusses für Verbraucherschutz vor - sie weicht ab von dem Antrag, den der federführende Ausschuss, der Ausschuss für Gesundheit, formuliert hat -: Wir sind auf jeden Fall dafür, nicht nur die Nichtraucher, sondern auch die Betriebe und die Raucher zu berücksichtigen; wir dürfen sie nicht vergessen.

Wir sind dafür, § 1 - wie von den Regierungsfractionen vorgeschlagen - beizubehalten; denn Regierungsgebäude, Schulen, Arbeitsämter, das sind unsere Gebäude, da können wir als Regierung entscheiden, wie verfahren werden soll. Wirtschaftlicher Schaden kann nicht entstehen. Es gibt in Bremerhaven ein Zollamt, in dem es schon so gemacht wird, dass Raucher zum Rauchen rausgehen müssen. Dort wurde der Nichtraucherschutz also schon verbessert. - Ich habe noch eine halbe Minute, sehe ich gerade.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Wir haben zuerst Probleme damit gehabt - das ist nicht der eigentliche Beschluss, auch nicht der Fraktionsbeschluss -, dass Diskos und kleine Betriebe von der Regelung ausgenommen wurden. Diskos wollten wir ursprünglich zu Raucherzonen erklären, ebenso Betriebe mit weniger als 75 Quadrat-

metern. Das würde ein bisschen mehr Bürokratie zur Folge haben, als es jetzt der Fall ist. Wir als KVP, ich als Abgeordneter der KVP und auch die APD sind gegen einen Bürokratieabbau; deswegen unser Gesetzesentwurf.

(Lachen und Beifall)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Herr Kollege, Sie haben Ihre Zeit überfüllt. Jetzt müssen Sie zum Schluss kommen.

Markus Radimo Bulle (KVP): Okay. - Auf jeden Fall sind jetzt der Ausschuss für Verbraucherschutz, die KVP und die APD für den neuen Gesetzesentwurf.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort Kollegen Rudolf Haskelumi, LRP-Fraktion.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Rudolf Haskelumi (LRP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein ganz zentraler Aspekt dieses Gesetzesentwurfs ist im Grundgesetz, in Art. 2, verankert:

Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt ...

Die Sache ist also ganz einfach: Wir müssen nur ins Grundgesetz schauen und uns daran halten, was dort als Grundlage unseres Staates beschrieben steht. Für das Rauchen heißt das nichts anderes als: Der Raucher hat seinen Glimmstängel auszumachen, wenn er die Gesundheit anderer gefährdet. Das ist einfach so und das wollen auch Sie.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Aber genauso wichtig ist, dass wir als Politiker uns verpflichtet fühlen, den Rauchern in unserem Volk die Möglichkeit zu geben, ihrem Konsum dort nachzugehen, wo sie die Rechte von niemand anderem einschränken. Solche Möglichkeiten gibt es überall; sie müssen berücksichtigt werden. Man kann

nicht einfach ein generelles Verbot aussprechen; es muss Ausnahmen geben.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt)

Wenn wir wie im Gesetzentwurf vorgesehen vorgehen, heißt das: Wir verhängen ein allgemeines Rauchverbot, geltend für öffentliche Gebäude, für die Einrichtungen und Fahrzeuge des öffentlichen Personennahverkehrs und für Gastronomie- und Hotelleriebetriebe. Doch wenn wir nicht auch schauen würden, wo wir Rauchern die Möglichkeit geben können, ihrem Konsum nachzugehen, wären wir schlechte Politiker. Als erste Ausnahme vom Rauchverbot steht bereits im Gesetzentwurf: privat oder beruflich genutzte individuelle Räume. In seinen eigenen Räumen kann der Raucher die Gesundheit von Nichtraucherern nicht gefährden; das ist relativ klar. Eine zweite Ausnahme bilden ausgewiesene Raucherzonen innerhalb öffentlicher Gebäude, sofern sie baulich abgeschlossen sind und über ein eigenes Belüftungssystem verfügen. Auch in diesem Fall besteht für Nichtraucher keine Gefährdung; diese Ausnahme muss deshalb gemacht werden.

(Zuruf von der ÖSP: Und die Arbeitnehmer?)

- In ausgewiesenen Raucherzonen öffentlicher Gebäude arbeitet niemand.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Möchten Sie diese zulassen?

Rudolf Haskelumi (LRP): Ja, klar, gerne.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Bitte schön.

Dr. Markus Schultz (KVP): Werter Kollege, zunächst möchte ich von Ihnen einmal wissen: Sind Sie selber Raucher? Darüber hinaus gestatten Sie mir noch folgende kleine Frage: Wie muss man sich das vorstellen, dass, wie Sie sagen, Nichtraucher nicht gefährdet werden? Oder, anders gefragt: Wo soll denn ein Raucher rauchen, ohne dabei einen Nichtraucher zu gefährden? Soll ich dann irgendwo tief im Wald rauchen? Oder wo sonst?

Danke.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Dr. Markus Schultz (KVP) nimmt Platz)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Herr Schultz, Sie müssen bitte stehen bleiben, bis der Kollege Haskelumi Ihre Frage beantwortet hat.

(Dr. Markus Schultz (KVP) erhebt sich wieder)

Rudolf Haskelumi (LRP): Ich soll Raucher sein? Nein.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe zwei Ausnahmen beschrieben. Die erste betrifft individuell genutzte Räume, etwa wenn ein Anwalt alleine in seiner Kanzlei arbeitet. Dann ist kein Nichtraucher vorhanden, der gefährdet würde; das ist doch einleuchtend, oder? Die zweite Ausnahme bilden ausgewiesene Raucherzonen in öffentlichen Gebäuden, wie im vorliegenden Gesetzentwurf bestimmt: baulich abgetrennt und mit einem eigenen Belüftungssystem. In derartigen Räumen arbeitet niemand, sie sind nur zum Rauchen eingerichtet. Ein Nichtraucher, dem seine Gesundheit dermaßen wichtig ist, betritt solche Räume wohl kaum. Deswegen verstehe ich nicht, wie ein Nichtraucher hierdurch gefährdet werden sollte.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Mir persönlich und meiner Partei liegt sehr am Herzen, dass wir differenzieren und diese Regelung nicht starr allen Gastronomie- und Hotelleriebetrieben vorschreiben. Betrieben mit mehr als 75 Quadratmetern Fläche muss es möglich sein, 40 Prozent ihrer Fläche für Raucher auszuweisen. Sofern sie die Bedingungen erfüllen - baulich abgeschlossene Fläche, ein eigenes Belüftungssystem und das Einverständnis des Personals, unter diesen Bedingungen zu arbeiten -, besteht kein Problem für Nichtraucher, und es gibt, auf freiwilliger Basis, weiterhin Lokale, die das Rauchen ermöglichen. Das macht für mich nur Sinn.

Betriebe mit weniger als 75 Quadratmetern Fläche - und damit auch die Arbeitsplätze in diesen - sind extrem gefährdet von einem Rauchverbot, weil sie oft von Stammkunden abhängig sind, die rauchen. Deswegen sollten Betriebe mit weniger als 75 Qua-

dratmetern Fläche unserer Meinung nach das Recht erhalten, selbst zu bestimmen, ob sie ihren Betrieb insgesamt zu einer Raucherzone oder zu einer Nichtraucherzone erklären. Jeder Nichtraucher ist sich im Klaren, dass er, wenn er in einen Betrieb geht, der das Rauchen insgesamt zulässt, möglicherweise Rauch ausgesetzt ist. Auch hier muss das Personal natürlich einverstanden sein und es muss ein Belüftungssystem vorhanden sein. Diese Bedingungen muss der Betrieb gegebenenfalls schaffen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Es gibt noch einen Wunsch nach einer Zwischenfrage. Möchten Sie auch diese zulassen und Ihre Redezeit dadurch verlängern? - Bitte schön.

Karl Schreiner (APD): Herr Kollege, Sie haben gesagt: „das Einverständnis des Personals, das in der Gastronomie arbeitet, vorausgesetzt“. Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass bei der heutigen Arbeitsmarktsituation jemand in der Lage wäre, zu sagen, unter Rauchbedingungen wolle er nicht arbeiten. So jemand wird doch gefeuert!

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wie wollen Sie so jemanden schützen?

Rudolf Haskelumi (LRP): Was Sie sagen, hat einen gewissen Wahrheitswert, natürlich. Doch ich möchte betonen, dass jedem die freie Entscheidung zusteht. Angenommen, die Person ist selber Raucher; dann wird sie mit Rauch am Arbeitsplatz kaum ein Problem haben. In dem ungünstigen Fall, dass ein Langzeitarbeitsloser unbedingt einen Job sucht usw., steht er vor der Wahl: Er kann die Stelle annehmen - wir geben ihm die Chance, dort zu arbeiten - oder nicht. Ich verstehe nicht, wo Ihr Problem liegt: Er hat die freie Wahl.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Karl Schreiner (APD): Also Arbeit oder Tod auf Raten!)

- Ich glaube nicht, dass man das so sehen kann, wie Sie das ausdrücken.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wie gesagt, es sind fünf Ausnahmen, die mir und meiner Partei am Herzen liegen. Die

fünfte - auch sie ist bereits im Gesetzentwurf berücksichtigt - bezieht sich auf Freiflächen, zum Beispiel auf Biergärten. Das ist logisch: Gute Belüftung ist sichergestellt, draußen sind Nichtraucher nicht gefährdet. - Ich bitte Sie, diese fünf Ausnahmen im Gesetz auf jeden Fall beizubehalten, weil sie sinnvoll sind und kein Nichtraucher dadurch in irgendeiner Weise gefährdet wird, wenn die Bedingungen beachtet werden. Diese Ausnahmen sind zudem wirtschaftlich sinnvoll.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Als Nächster hat das Wort Manfred Ulrich von der APD-Fraktion.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Manfred Ulrich (APD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die typischen Assoziationen der meisten Nichtraucher bei dem Schlagwort Zigarettenrauch sind wohl Reizung der Schleimhäute und Errötung der Augen. Auch Atemprobleme werden gerne genannt. Beim Essen ist es besonders unangenehm. Durch den Rauch verschwindet jeglicher Appetit sofort.

Die Grundlagen für ein Nichtraucherschutzgesetz sind selbstverständlich nicht nur die Unannehmlichkeiten im alltäglichen Leben, sondern sie beruhen auch auf medizinischen, wissenschaftlichen und zahlreichen fachlich ausgeprägten Gutachten. Ich könnte die Liste der Adjektive erheblich verlängern. Ich glaube, die Ergebnisse dieser Gutachten sind Ihnen allen in einem großen Maße bekannt. Sie alle wissen, dass Passivrauchen sehr schädlich ist. Deswegen möchte ich hier gar nicht weiter darauf eingehen, sondern ich möchte Ihnen nur ein paar Aspekte vorlesen, um eine Dimension anzugeben.

Der Rauch, den die Passivraucher einatmen, hat qualitativ - chemisch gesehen - die gleiche Zusammensetzung wie der Rauch, den die Aktivraucher einatmen. Das heißt im Umkehrschluss: In Räumen, in denen der Rauch steht, wird ein Passivraucher zum Aktivraucher.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

In Deutschland sterben jährlich über 3 000 Nichtraucher an den Folgen des Passivrauchens. An die Liberalen gerichtet: Ich glaube, es kommt auch bei Ihnen an, dass das, was hier geschieht, nicht sehr liberal ist. Über 8 Millionen Kinder und Jugendliche leben in Haushalten mit mindestens einem Raucher. Deutschland ist ein Raucherparadies.

Dies schafft einen Handlungsbedarf, was auch ein Blick zu unseren europäischen Nachbarn - insbesondere zu Irland und Italien - und zu unseren Handelspartnern - hier sind die USA zu nennen - beweist, wo die Auswirkungen ähnlicher Gesetze bereits auf großen Zuspruch gestoßen sind. Die Gesundheit von Mitarbeitern in Gastronomiebetrieben hat sich beispielsweise schon nach wenigen Wochen merklich verbessert. Ich kann hier auf einen Artikel des „Spiegel“ verweisen, der vor wenigen Wochen erschienen ist.

Aus diesem Grund fordert die APD ein vollständiges Rauchverbot in geschlossenen öffentlichen Gebäuden, in allen Einrichtungen und Fahrzeugen des öffentlichen Personenverkehrs und in allen Betrieben der Gastronomie und Hotellerie. Das ist das Mindeste, was wir tun können.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir müssen die Gesundheit der Nichtraucher vor der Willkür anderer Personengruppen schützen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Möchten Sie eine Zwischenfrage zulassen, Herr Kollege?

Manfred Ulrich (APD): Gerne.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Bitte schön.

Alexander Kepler (PSG): Verehrter Herr Kollege, ich habe eine Frage. Sie kommen von der Arbeiterpartei und benennen als Arbeiterinnen und Arbeiter nur diejenigen im öffentlichen Dienst. Liegen Ihnen die Arbeiter, die in der privaten Wirtschaft arbeiten, nicht am Herzen und geht es Ihnen nicht auch um die Gesundheit derer? Wie kommt es, dass Sie sie überhaupt nicht nennen, sondern ausschließen? Ich dachte, dass die Arbeiterpartei hier mit uns auf einer Linie fährt und man sich um das Wohl aller Arbei-

ter sorgt. Sie führen hier eine Selektierung durch. Das verstehe ich nicht.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Manfred Ulrich (APD): Das ist richtig. Der Gesetzentwurf stellt an dieser Stelle auch nur einen ersten Schritt dar. Über entsprechende Ausweitungen muss man zu gegebener Zeit nachdenken. Es ist wichtig, hier vor allem die Hotellerie zu nennen, weil es dort in besonderem Maße zu einer Vergiftung der Nichtraucher kommt - vor allem der der Mitarbeiter. Ich muss hier ganz deutlich sagen: Wenn man in einer Bar arbeitet, dann bekommt man mehr Rauch ab als in Büros, in denen meistens sowieso nicht geraucht wird, weil die Mitarbeiter das unter sich regeln. - Nur so viel dazu.

Ich möchte meine Rede jetzt abschließen. Aus Gründen des Gesundheitsschutzes gibt es nichts anderes, als unserem Gesetzentwurf und dem Änderungsantrag der großen Koalition zuzustimmen. Die Sachlage ist einfach eindeutig. Darüber können und müssen wir nicht streiten. Das haben Gott sei Dank alle verstanden - auch die Linken und die Liberalen. Darüber möchte ich auch keine Worte mehr verlieren.

Eine kleine Anmerkung zum Schluss: Auch die Wirtschaftsleistung eines Landes ist maßgeblich von der Gesundheit seiner Gesellschaft abhängig.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Jetzt erteile ich Alexander Kepler von der PSG das Wort.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Alexander Kepler (PSG): Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Worum geht es heute? Wir stimmen heute über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des passiven Tabakkonsums ab. Das ist in meinen Augen ein Thema mit geradezu ungeheurer Tragweite.

Wir müssen die Interessen der Nichtraucher, die ihnen durch Art. 2 Abs. 1 des Grundgesetzes garantiert werden, und die allgemeine Handlungsfreiheit gegeneinander abwägen. Daneben müssen wir berücksich-

tigen, dass man gemäß Art. 2 Abs. 2 des Grundgesetzes das Recht hat, die körperliche Unversehrtheit zu jedem Zeitpunkt gewährleistet zu bekommen. Deshalb ist es in meinen Augen von ungeheurer Wichtigkeit, dass wir uns genau darauf besinnen, was und warum wir beschließen.

Dass durch das Rauchen die Gesundheit geschädigt wird, ist allgemein bekannt und wird, so glaube ich, von niemandem hier ernsthaft angezweifelt. Deshalb bin ich der Meinung, dass der Entwurf, der uns allen vorliegt, völlig unzureichend ist. Wie ich gerade ausgeführt habe, reicht es nicht, dass wir nur die Arbeiter im öffentlichen Dienst vor den Gefahren des passiven Tabakkonsums schützen. Wir müssen weitergehen und auch die Arbeiter in der Privatwirtschaft schützen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Deshalb lautet unser Antrag, das Rauchverbot generell auf alle Arbeitsplätze in der Wirtschaft auszuweiten. Keiner, der an einem Arbeitsplatz sitzt, sollte den Gefahren des Tabakkonsums ausgesetzt werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Möchten Sie eine Zwischenfrage beantworten?

Alexander Kepler (PSG): Wenn es dem Verständnis dient.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Bitte schön.

Eva-Maria Nicolei (APD): Folgendes: Mir liegt der Änderungsantrag der PSG vor. Neben einigen Dingen, die von uns grundsätzlich sowieso nicht verabschiedet wurden, stößt mir eine kleine Sache besonders auf, nämlich Punkt 3, wonach § 6 angefügt werden soll. Unter b steht dort für den Fall, dass der Betreiber nicht dafür sorgt, dass dieses Rauchverbot durchgesetzt wird:

Vom Betreiber des Betriebs ist eine Geldstrafe in Höhe von 2.000,00 € zu erheben.

Ich finde das eine absolute Unverschämtheit

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

und ich muss leider sagen, dass hier keine große Fachkompetenz vorhanden ist. Ich frage mich, wie Sie ernsthaft vorhaben können, den Betrieben, die eine Fläche von weniger als 75 Quadratmetern oder gerade 76 Quadratmeter haben - sie können das alles relativ schlecht übersehen und machen im Monat vielleicht gerade einmal einen Umsatz von 2 000 Euro -, eine Geldstrafe in dieser Höhe aufzubrummen, wenn sie es einmal nicht geschafft haben, das Verbot in ihrem Betrieb durchzusetzen. Ich halte das für sehr stark aus den Fingern gesogen und überhaupt nicht durchdacht.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich möchte gerne Ihre Rechtfertigung dafür hören. Wie hat sich die PSG auf diese Position einigen können und warum wurde das von Ihnen so beschlossen?

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Es wäre vielleicht günstig, die zweite Zwischenfrage, die von der anderen Seite des Hauses kommt, in Ihre Antwort mit einzubeziehen. Das wäre ganz praktisch.

Alexander Kepler (PSG): Gerne.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Bitte schön.

Angelika Bauer (LRP): Das gehört jetzt nicht direkt dazu. - Sie sprechen die ganze Zeit von einem vollkommenen Nichtraucherschutz. Natürlich ist das aus gesundheitspolitischen Gründen für viele hier im Raum nachzuvollziehen. Wo bleibt aber der wirtschaftliche Aspekt? Wie wollen Sie das finanzieren? Unser Staat erhält durch die Tabaksteuer sehr viele finanzielle Mittel. Wie wollen Sie diese Mittel, die durch die Einschränkungen der Raucher verloren gehen - viele Raucher werden vielleicht auch dazu bewogen, mit dem Rauchen aufzuhören -, ersetzen? Welche konkreten Vorschläge und Pläne haben Sie dafür?

Alexander Kepler (PSG): Ich gehe zuerst auf die Frage nach den Sanktionen ein.

Es ist folgendermaßen vorgesehen - ich glaube, so steht es dort auch -: Bei demjenigen, der sich ernsthaft bemüht, kann von den Sanktionen abgesehen werden. - Zum anderen: Wenn man überhaupt keine Sanktionen vorschlägt - ich wäre später noch zu den

Sanktionen gekommen -, dann wäre das ein reines Lippenbekenntnis. Welche Motivation sollte ein Unterhalter einer solchen Einrichtung haben, seine Gäste ernsthaft darauf hinzuweisen, das Rauchen zu unterlassen, wenn ihm keine Strafe droht? Wenn wir einen ernsthaften Nichtraucherchutz betreiben wollen, dann müssen wir sowohl für die Betreiber der Gaststätten als auch für die Kunden Sanktionen vorsehen. Ansonsten hält sich doch niemand daran.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich darf kurz noch die andere Frage beantworten. Es ist schade, dass Sie in keinem der beratenden Ausschüsse waren. Ich glaube, in allen wurde ausdrücklich darüber gesprochen, dass die eingesparten Kosten im Gesundheitswesen und an anderer Stelle die Mittel, die durch die Tabaksteuer eingehen, bei weitem überwiegen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Hinzu kommt: In meinen Augen ist die Gesundheit der Bürger nicht mit Geld aufzuwiegen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Sie wollten gerne noch darauf reagieren?

Eva-Maria Nicolei (APD): Ja. - Wenn Sie sich den Änderungsantrag unserer beiden Fraktionen, die hier koalieren, angeschaut haben, dann wissen Sie, dass wir das mit einbezogen haben. Es heißt dort: „Näheres regelt eine Gebührenordnung“. - Wir haben das in unserer Fraktion auch diskutiert. Es war eigentlich relativ schnell klar, dass eine einheitliche Bestrafung, mit der man sich nicht an der Größe, an dem Umsatz oder an anderen Kriterien der Gastronomiebetriebe orientiert, absolut lächerlich ist.

Sie können damit rechnen, dass ein Betrieb eher Insolvenz anmeldet, weil es zweimal dagegen verstoßen hat und mit 4 000 Euro - bei drei Verstößen sind es 6 000 Euro - belangt wird, als dass es diese Strafe bezahlt. Ich finde es schade, dass Sie das nicht ausdiskutiert und in Ihrem Antrag entsprechend formuliert haben.

Darauf will ich aber nicht lange herumhacken. Das war es jetzt schon.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Alexander Kepler (PSG): Vielen Dank. - Wir haben das selbstverständlich zur Gänze diskutiert; aber ich denke, dass es dabei nicht allein um die Strafe geht, sondern es muss auch um die Signalwirkung gehen. Welches Signal geben wir denn, wenn wir sagen, dass das nicht unter Strafe steht oder dass es nur entsprechend der Gebührenordnung bestraft wird? Darunter kann sich niemand etwas vorstellen.

So ist die Strafe klar. 2 000 Euro wirken sehr abschreckend, wie Sie selbst ausgeführt haben. Ich denke, das ist für jeden ein Argument dafür, dass man in seinem Betrieb bzw. in seiner Kneipe darauf aufpasst, dass niemand raucht. Nur so kann man einen effektiven Nichtraucherchutz gewährleisten.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Es gibt noch eine letzte Zwischenfrage an Sie aus der KVP-Fraktion, wenn Sie möchten. - Bitte schön.

Jonathan Horowitz (KVP): Ich habe eine prinzipielle Frage zu diesen 2 000 Euro. Sind Sie sich eigentlich im Klaren darüber, dass das nicht in einem Gesetz stehen darf, weil keine Anpassung an die Inflation vorgesehen ist? Vielleicht sind 2 000 Euro in zehn Jahren genauso viel wert wie jetzt 3 Cent. Darüber sind Sie sich hoffentlich im Klaren. Oder?

Alexander Kepler (PSG): Vielleicht raucht in zehn Jahren niemand mehr in der Öffentlichkeit, so wie heute kaum jemand Heroin in der Öffentlichkeit nimmt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Sollte das relevant sein, dann kann man das jederzeit anpassen. Wir sind hier nahezu täglich.

Jonathan Horowitz (KVP): Darf ich noch einmal?

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Nein, die Verabredung besagte, dass zwei Zwischenfragen pro Thema gestellt werden. Wir sind jetzt schon weit über dem Limit.

Deswegen bitte ich jetzt Herrn Kollegen Kepler, seine Rede zu Ende zu bringen.

Alexander Kepler (PSG): Vielen Dank. - Vorhin hat der Kollege von den Liberalen die Unzulänglichkeiten bezüglich der Regelung in der Gastronomie angesprochen. Dieser Meinung sind auch wir und wir schließen uns ihr total an. Es kann nicht sein, dass man die Arbeitnehmer in der Gastronomie speziellen Gefahren aussetzt.

Mir als Mitglied der PSG liegen natürlich nicht nur die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, wie es die Arbeitnehmerpartei sieht, besonders am Herzen. Wenn wir anders handeln würden, wäre das in meinen Augen unverantwortlich, unsozial und überhaupt nicht mit den Idealen vereinbar, die wir hier vertreten sollten, nämlich zum Wohle der Gesellschaft zu handeln.

Schlussendlich zeichnet sich der Antrag, der bis jetzt hier vorliegt, in meinen Augen durch seine Wirkungslosigkeit, durch die mangelnde Abschreckung und durch die fehlende Sanktionierung - das haben wir bereits erörtert - aus.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Sie müssen jetzt bitte zum Ende kommen.

Alexander Kepler (PSG): Ich bitte Sie alle deshalb, unseren Anträgen zuzustimmen, die übrigens gemeinsam mit allen Fraktionen im Arbeitskreis für Arbeit beschlossen wurden. Ich bin etwas enttäuscht darüber, dass das komplett niedergebügelt wurde, da wir alle der Meinung waren, dass das genauso aussehen müsse.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Das Wort hat Sophie van de Nauland von der KVP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Sophie van de Nauland (KVP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Abgeordnete der KVP und Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit erhebe ich meine Stimme für unsere christlichen und demokratischen Werte.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Tatsache ist, dass 8,5 Millionen Arbeitnehmer ungewollt Rauch ausgesetzt sind. Daraus entstehen Krankheiten, daraus entsteht ein Arbeitsausfall und daraus entsteht der frühzeitige Tod.

Bedeutende Länder auf der ganzen Welt haben diesen wichtigen Schritt zum Schutz der Passivraucher bereits gewagt. In Kalifornien und in Irland gibt es seit der Einführung eines solchen Gesetzes 78 Prozent weniger Krankheitsfälle, die nachgewiesenermaßen auf einem passiven Tabakkonsum beruhen. Diese Länder haben gezeigt, dass Arbeitsplätze nicht abgebaut, sondern eher noch gefördert werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ursache dafür ist ein bedeutendes Umsatzplus in kleinen und großen Gastronomiebetrieben.

Wir als konservative Partei müssen unsere Gesellschaft, unseren Wohlstand und somit unsere Wirtschaft schützen. Raucher als Arbeitnehmer kosten die Wirtschaft Zeit und somit auch sehr viel Geld.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Eine stündliche Raucherpause von fünf Minuten ergibt einen täglichen Arbeitsausfall von durchschnittlich 40 Minuten. Das bedeutet, dass im Monat 200 Minuten lang Humankapital vergeudet wird.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir müssen uns im Wettbewerb innerhalb des globalen Marktes behaupten. Deshalb müssen wir unseren größten Defizitfaktor, die Lohnnebenkosten, senken. Durch weniger Passivraucher entlasten wir unsere Krankenkassen, was zu einer Senkung der Lohnnebenkosten führen wird. Dadurch stärken wir unsere internationale Wirtschaftsmacht.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Es ist unser aller Aufgabe - nein, es ist sogar unsere Pflicht -, für unsere gemeinsamen christlichen Werte einzustehen, sie zu wahren und mit diesem beispielhaften Gesetz ein Signal zu setzen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Zusammen mit unserem Koalitionspartner, der APD, müssen wir hier und heute für unsere Werte kämpfen. Aufgrund der wahrhaft historischen Bedeutung möchte ich deshalb Rosa Luxemburg zitieren:

Die Freiheit des einen hört da auf,
wo die Freiheit des anderen an-
fängt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Für die ÖSP spricht jetzt Liane Immergrün.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Liane Immergrün (ÖSP): Sehr geehrte Präsidentin! Werte Kollegen! Liebe Kolleginnen! "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit" - so steht es in unserem Grundgesetz. Für uns, die ÖSP, stellt es eine Verletzung dieses Rechts auf körperliche Unversehrtheit dar, wenn die Gesellschaft Nichtraucher giftigen Rauchschwaden aussetzt. Dies geschieht tagtäglich in unserer Gastronomie und Hotellerie.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Wir stehen für das absolute Rauchverbot, aber nicht nur wir. Laut einer repräsentativen Umfrage sind 69,1 Prozent der deutschen Bevölkerung für ein Rauchverbot in Gaststätten. Wir sind es unseren Wählern schuldig, ihre Meinung bei der Formulierung unserer Gesetze zu beachten.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Mit abgegrenzten Raucherzonen ist es nicht getan; denn für uns bedeutet der Schutz vor den Gefahren des passiven Tabakkonsums, dass man auch die Arbeitnehmer und nicht nur den Gast vor den gefährlichen Giftstoffen schützt. Ich weiß, dass einige - wir haben sie gehört; unter anderem Mitglieder der LRP - die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht für beachtenswert halten; denn sonst würden sie nicht verlangen, dass verpestete Raucherzonen zugelassen werden. Das ist diskriminierend.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Frau Kollegin, möchten Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Liane Immergrün (ÖSP): Ja, gerne.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Bitte schön.

Hans-August Freitag (KVP): Mich würde interessieren, was Sie unter einem absoluten Rauchverbot verstehen. Gilt das nur für öffentliche Gebäude oder nur für die Gastronomiebetriebe? Was verstehen Sie konkret unter einem absoluten Rauchverbot?

Liane Immergrün (ÖSP): Das heißt für uns, dass in geschlossenen Räumlichkeiten - auch dann, wenn es sich um separate Raucherzonen handelt - nicht geraucht werden darf.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Es gibt noch eine zweite Zwischenfrage. Möchten Sie sie auch noch zulassen?

Liane Immergrün (ÖSP): Ja, gerne.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Bitte schön.

Frederik Dierssen (APD): Frau Kollegin, ich sehe leider keinen Änderungsantrag Ihrer Fraktion. Wenn Sie für ein absolutes Rauchverbot eintreten, dann müssten Sie das doch auch in einem Änderungsantrag eingebracht haben. Was wollen Sie denn nun eigentlich?

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Liane Immergrün (ÖSP): Im federführenden Ausschuss wurde beschlossen, in den Bundestag einen Gesetzentwurf einzubringen, nach dem in öffentlichen Gebäuden sowie in der Gastronomie und der Hotellerie in geschlossenen Räumen nicht mehr geraucht werden darf. Von diesem Beschluss gehe ich in meiner Rede aus.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Der Haupteinwand gegen ein striktes Rauchverbot ist der befürchtete Umsatzrückgang. Uns ist klar, dass dieses Argument in Zeiten wirtschaftlicher Probleme und anhaltend hoher Arbeitslosenzahlen schwer wiegt. Allerdings wird es durch klare Fakten hinfäl-

lig. Die Fakten stammen aus einem unserer Nachbarländer, das uns bei diesem Thema weit voraus ist. In Italien gaben zwar 7 Prozent der Bevölkerung an, nach einem strikten Rauchverbot seltener Gastronomiebetriebe aufzusuchen, 10 Prozent aber gaben an, dies nun häufiger zu tun. Insofern kann von einem Rückgang nicht die Rede sein.

Der heute zur Abstimmung stehende Gesetzentwurf ist lebenswichtig.

Danke schön.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Das Wort hat Nora Heinemann für die APD.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Nora Heinemann (APD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jeder deutsche Bürger muss die Freiheit zur selbstständigen Entscheidung haben, ob er rauchen möchte oder ob er keinesfalls den höchst gesundheitsschädlichen Qualm einatmen will.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Petra Pau)

Aus diesem Grunde ist es notwendig, ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln sowie in Betrieben der Gastronomie und Hotellerie einzuführen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Alles andere wäre ein gravierender Eingriff in die Freiheit jedes Einzelnen unserer Mitbürger. Dies dürfen wir - darin müssen Sie mir zustimmen - nicht dulden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Des Weiteren sind wir uns sicherlich darin einig, dass es unsere Pflicht ist, sowohl den nicht rauchenden Arbeitnehmer in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln als auch alle unsere nicht rauchenden Mitbürger vor schwer wiegenden Gesundheitsschäden durch Passivrauchen zu schützen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Petra Pau: Kollegin Heinemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Nora Heinemann (APD): Ja.

Rudolf Haskelumi (LRP): Ist Ihnen klar, dass keine Partei im Bundestag wirklich gegen ein Rauchverbot in den drei von Ihnen genannten Bereichen ist? Ich frage Sie des Weiteren, warum Sie etwas dagegen haben, dass Raucher rauchen, solange keine Nichtraucher zu Schaden kommen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Nora Heinemann (APD): Ich habe Ihre Frage nicht vollständig verstanden. Wir sprechen heute über das Nichtraucherschutzgesetz, das verabschiedet werden soll. So wie sich die Situation im Moment darstellt, kommen sehr viele Nichtraucher zu Schaden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Insofern sind in jedem Fall Änderungen notwendig.

Es ist aber keineswegs unsere Absicht, Raucher zu diskriminieren oder auszuschließen, wie es uns von Teilen der Opposition vorgeworfen wurde. Die in § 4 des Gesetzentwurfs festgelegten Ausnahmen garantieren vielmehr die bestehende Eingliederung von Rauchern in unsere Gesellschaft, auf die wir besonderen Wert legen.

Um klare Regeln aufzuzeigen, fordern wir bei Gesetzesverstößen eine gerechte Strafe in Form einer Geldbuße sowohl für den Raucher als auch für den Gastronom, dem eine besondere Verantwortung zugeschrieben werden muss.

Vizepräsidentin Petra Pau: Kollegin Heinemann, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Nora Heinemann (APD): Ja, gern.

Alexander Kepler (PSG): Ich habe eine grundsätzliche Frage. Meinen Sie nicht, dass die von Ihnen vorgesehenen Ausnahmen zu der strengen Regelung in § 4 des Gesetzentwurfs - die auch nötig ist - die gesamte Regelung unterlaufen? Wenn ein Gastronom keinen Nichtraucherschutz möchte, dann kann er den gesamten Betrieb zur Raucher-

zone erklären und damit das Gesetz komplett unterlaufen. Ohne Einschränkungen, wie wir sie zusammen mit den Liberalen fordern, ist das Vorhaben völlig überflüssig. Wenn wir es in der vorgesehenen Form beschließen, dann kann das gesamte Gesetz unterlaufen werden, indem die Bestimmungen durch die Auslegung ausgehebelt werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Nora Heinemann (APD): Wir wollen ein Rauchverbot in der gesamten Gastronomie. Wenn ein Gastronomiebetrieb keinen bestimmten Raucherbereich einführt, dann ist er vollständig raucherfrei.

(Zuruf des Abg. Alexander Kepler (PSG))

Vizepräsidentin Petra Pau: Keine Zwiegespräche, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Alexander Kepler (PSG): Ich möchte meine Frage erklären, weil sie sie nicht verstanden hat!)

- Das ist jetzt nicht mehr möglich. Solange die Kollegin Ihre Frage beantwortet und Sie noch stehen, wird die Redezeit angehalten. Aber weitere Erklärungen können Sie jetzt nicht abgeben.

Nora Heinemann (APD): Bei einer Güterabwägung zwischen Gesundheitsschutz und Genussfreiheit müssen wir - das ist völlig klar; darüber brauchen wir keine Debatten zu führen - dem Gesundheitsschutz Vorrang gewähren.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Lassen Sie uns auf die Forderung eines Großteils der deutschen Mitbürger zur Verschärfung des Nichtraucherschutzes in Deutschland eingehen und lassen Sie sich durch die positiven Beispiele anderer europäischer Staaten wie England und die Niederlande ermuntern, den Gesetzentwurf ohne Bedenken hinsichtlich wirtschaftlicher Einbußen zu unterstützen. Denn es ist statistisch nachgewiesen, dass keine wirtschaftlichen Einbußen zu erwarten sind.

Stimmen Sie dem von uns vorgelegten Antrag zum Nichtraucherschutzgesetz zu und stimmen Sie damit für eine gesündere und fortschrittlichere Gesellschaft!

Danke schön.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Petra Pau: Bevor ich dem Kollegen Paul Laube für die PSG das Wort gebe, möchte ich eine kurze Erläuterung geben. Zwischen den Fraktionen und den Geschäftsführern wurde ein Prozedere zu Zwischenfragen und der damit verbundenen Verlängerung der zugegebenermaßen kurzen Redezeiten ausgemacht. Für diesen Tagesordnungspunkt ist das Kontingent bereits erschöpft. Ich werde also keine Zwischenfragen mehr zulassen.

Das Wort hat der Kollege Paul Laube.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Paul Laube (PSG): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich davor hüten, dem von Ihnen vorgelegten Gesetzentwurf zuzustimmen; denn die APD hat - offenbar weil sie das Gesetz für besonders dringlich hält - nach dem Motto „Augen zu und durch“ gehandelt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Politik bedeutet aber auch, alle Interessen unter einen Hut zu kriegen. Das haben aber die APD und KVP ebenso wie die ÖSP nicht getan.

Ich erinnere daran, was im Ausschuss passiert ist. Erst kurz vor Schluss haben wir die Vorschläge vom Wirtschaftsausschuss bekommen.

(Hans-August Freitag (KVP): Er war gar nicht im Wirtschaftsausschuss!)

Dann hieß es für die genannten drei Fraktionen: Es ist Schluss; wir müssen zu unserem Abgeordneten. Die Vorschläge wurden nicht beraten; die Diskussion wurde einfach abgeschmettert. Ich kann es aber nicht gutheißen, wenn die Wirtschaft - die dafür zuständigen Abgeordneten haben sich schließlich den Kopf zerbrochen - völlig unberücksichtigt bleibt.

(Hans-August Freitag (KVP): Die Wirtschaft war nicht dabei!)

Deutschland hat ohnehin nicht die stärkste Wirtschaft. Wir sollten ihr keinen unnötigen Schaden zufügen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Ich denke, wir müssen nicht darüber diskutieren, dass Rauchen schädlich ist. Das Bundesverfassungsgericht hat das 1997 bereits bestätigt; seitdem sind unzählige Studien zu demselben Ergebnis gekommen.

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen; denn er ist weitaus besser ausgearbeitet und integriert die Vorschläge des Wirtschaftsausschusses nahezu vollständig. Nach unserer Regelung wird auch verhindert, dass es zu einer solchen Farce kommt, von der mein Kollege bereits geredet hat, nämlich dass der gesamte Betrieb zum Raucherbereich erklärt wird und nur die Toiletten als Nichtraucherbereich übrig bleiben. Das möchten wir verhindern. Deshalb bitten wir Sie, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Des Weiteren bitte ich Sie, den von uns vorgesehenen Sanktionen zuzustimmen. Ich habe nicht zwei Tage lang diskutiert, mich gefreut und mich aufgeregt, nur damit sozusagen ein zahnloser Tiger als Ergebnis herauskommt und wir letztendlich nichts bewirkt haben.

(Zuruf: Das ist auch Demokratie!
Das muss auch die PSG lernen!)

- Ein Gesetz, das keine Wirkung hat, aber mit hohen Kosten verbunden ist, hat nichts mit Demokratie zu tun. Sie haben offenbar Ihren Wählerauftrag nicht verstanden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Ich bitte Sie alle, für den Gesetzentwurf der PSG zu stimmen.

Danke schön.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Petra Pau: Für die Fraktion der KVP hat nun Hans-August Freitag das Wort.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Hans-August Freitag (KVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt immer wieder neue Nachrichten darüber, was passieren kann,

wenn geraucht wird. Wenn zum Beispiel Schwangere rauchen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Kinder fettleibig werden, um 40 Prozent.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Es ist klar: Man kann das Rauchen nicht verbieten. Muss man es aber unterstützen?

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

In Deutschland sterben jährlich über 3 000 Menschen an den Folgen des Passivrauchens. Durch das Passivrauchen werden 770 Schlaganfälle verursacht, 260 Menschen sterben an Lungenkrebs. Es sind 2 140 Herzinfarkte als Folge des Passivrauchens zu verzeichnen. 60 Säuglinge sterben im Bauch ihrer Mutter. Kann man das verhindern? Können Sie als Abgeordnete es akzeptieren, dass jährlich 3 000 Menschen unnötig sterben? Passivrauchen führt in Deutschland zu mehr Toten als SARS, Asbest, illegale Drogen und BSE zusammen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Es gibt weitere wissenschaftliche Daten. Zum Beispiel hat die Weltgesundheitsorganisation festgestellt, dass 40 der beim Rauchen entstehenden 4 000 verschiedenen Stoffe nachweislich krebserregend sind. Bei 20 weiteren wird eine krebserregende Wirkung vermutet. Andere Quellen sind der Meinung, dass die Zahl der krebserregenden Stoffe noch höher ist.

Nun komme ich zu dem von uns eingebrachten Gesetzentwurf. Mit den in den §§ 1 bis 3 aufgeführten Regelungen wollen wir garantieren, dass Nichtraucher in öffentlichen Gebäuden und in der Gastronomie und Hotellerie vor dem Qualm geschützt werden.

Wir wollen aber die Raucher nicht diskriminieren. Es ist klar: Jeder hat das Recht, zu rauchen. Deshalb haben wir die Ausnahmen in § 4 des Gesetzentwurfs vorgesehen. Auf freien Flächen - zum Beispiel auf einer Wiese - kann der Rauch schnell abziehen. Ich denke, das ist unproblematisch.

Des Weiteren haben wir vorgesehen, dass zum Beispiel ein Hotelchef bestimmen kann, dass in bestimmten Räumen geraucht werden darf. Diese in § 4 des Gesetzentwurfs vorgesehene Regelung ist sicherlich unstrittig.

Lassen Sie mich noch auf die Ausführungen des liberalen Abgeordneten, Herrn Haskelumi, eingehen. Sie kennen doch sicherlich Hartz IV, oder?

(Heiterkeit und Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wenn jemandem eine Arbeit angeboten wird, dann kann er doch nicht mit Hinweis darauf, dass er keinen Rauch vertragen kann, das Angebot ablehnen. Er würde sicherlich ausgelacht.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Petra Pau: Herr Kollege, ich fürchte, Sie können Ihre Rede nicht fortsetzen. Die Lampe zeigt an, dass Ihre Redezeit schon überschritten ist. Formulieren Sie bitte einen Schlusssatz.

Hans-August Freitag (KVP): Ich denke, wir sind zusammen mit unserem Koalitionspartner dafür, die Nichtraucher zu schützen, ohne die Raucher zu diskriminieren, was wir durch die von uns vorgesehenen Ausnahmen auch bestätigen.

Danke schön.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Petra Pau: Nun spricht für die Fraktion der ÖSP Peter Lustig.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Peter Lustig (ÖSP): Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Es liegt etwas in der Luft, aber diesmal ist es kein Tabakduft. Ein frischer Wind zieht ein. Endlich können Normalsterbliche unbehelligt - ohne von Rauchschwaden belästigt zu werden - genießen. Um das zu gewährleisten, ist der Nichtraucherschutz wichtig, richtig und - wie meine Parteifreundin bereits eindringlich erklärt hat - absolut nötig. Es geht darum, die Gesundheit unserer Bevölkerung effektiv zu schützen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf haben wir sicherlich einen großen - ich möchte sogar sagen: revolutionären - Schritt in Rich-

tung einer gesünderen Gesellschaft getan. Dennoch gibt es Bereiche, die dieser Gesetzentwurf nicht abdeckt. Daher werden wir, die Fraktion der ÖSP, uns in Zukunft weiter mit diesem wichtigen Thema beschäftigen müssen. Wir werden nicht darum herumkommen, uns mit Regelungen zu befassen, die den Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz gewährleisten.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir werden darauf hinarbeiten, den Nichtraucherschutz auf den Arbeitsplatz auszuweiten. Wir lassen dabei nicht locker. Es wäre fatal, unsere Augen vor den gesundheitlichen Spätfolgen des Passivrauchens zu verschließen. Deshalb müssen wir Konsequenzen ziehen und hart durchgreifen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Auch wenn die Liberalen versucht haben, den Gesetzentwurf zu vernebeln, hoffe ich, dass es die übrigen Anwesenden geschafft haben, einen klaren Kopf zu behalten und die Tragweite dieses Gesetzentwurfs zu erkennen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich komme zum Schluss. Ich weiß, dass die Debatte über das Thema selbst fraktionsintern kontrovers und sehr emotional geführt wurde. Ich bin stolz auf jeden, der diese Entscheidung mitträgt. Auf dass die Vernunft siegen möge!

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Petra Pau: Das war ein wunderbarer Schlusssatz. Sie haben Ihre Redezeit auch schon überschritten.

Peter Lustig (ÖSP): Dann danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Petra Pau: Als letzter Redner in dieser Debatte hat der Kollege Wolfgang Clement für die APD das Wort.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wolfgang Clement (APD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich an dieser Stelle feststellen: Diese Regierung sitzt fest im Sattel. Daran gibt es nichts zu rütteln.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Auch wenn Ihnen diese Erfolgsgeschichte nicht schmeckt, meine Damen und Herren von der Opposition, ist daran beileibe nichts schlecht zu reden.

Wir wollen und wir werden uns dafür einsetzen, den Nichtraucher besser und nachhaltiger zu schützen, als es je der Fall gewesen ist. Das liegt vor allem im Interesse unseres Volkes. Auf die Stimme unseres Volkes muss in Zukunft besser geachtet werden.

Was die Opposition macht, ist mir relativ egal.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Sie können meinetwegen länger auf der Oppositionsbank sitzen. Ich möchte weiter der Regierungsfraktion angehören.

(Zuruf: Das haben wir an Ihren Entscheidungen gemerkt!)

Ich möchte kurz auf den Faktor Arbeit zu sprechen kommen. Ich meine, dass ein Nichtraucher bei der Arbeit strapazierfähiger und leistungsfähiger ist. Wir dürfen aber auch den Rauchern nicht den schwarzen Peter zuschieben. Es geht nur darum, den Nichtraucher vom blauen Dunst fernzuhalten.

Wir haben eine Richtung eingeschlagen, die nach meiner festen Überzeugung richtig ist. Ich möchte auch einen Appell an die Koalition richten: Lasst uns dem Volk zeigen, dass uns der Schutz der Nichtraucher sehr wichtig ist!

Zum Schluss möchte ich Willy Brandt zitieren, der heute schon einmal zitiert worden ist. Lassen Sie sich Folgendes einmal fraktionsübergreifend durch den Kopf gehen:

Die Zukunft wird nicht gemeistert von denen, die am Vergangenen kleben.

Sie kann nur gemeistert werden von denen, die sich der Mühe unterziehen, klare Wertvorstellungen immer von neuem in politische Praxis zu übersetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Petra Pau: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von einzelnen Abgeordneten aller Fraktionen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des passiven Tabakkonsums auf Drucksache JuP-06/4. Der Ausschuss für Gesundheit empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache JuP-06/8, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Hierzu liegen Änderungsanträge vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion der PSG auf Drucksache JuP-06/15? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Abgeordnete, die sich enthalten möchten? - Damit ist der Änderungsantrag bei wenigen Enthaltungen abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion der LRP auf Drucksache JuP-06/16? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Auch dieser Änderungsantrag ist bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktionen der KVP und der APD auf Drucksache JuP-06/17. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist angenommen.

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung angenommen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Es ist beantragt worden, sofort in die dritte Beratung einzutreten. Wir müssen daher zunächst über den Antrag auf sofortigen Eintritt in die dritte Beratung abstimmen. Für die Annahme dieses Antrags bedarf es gemäß § 84 Buchstabe b unserer Geschäftsordnung der Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden. Diese Mehrheit ist erforderlich, weil von der für die Antragstellung geltenden Frist abgewichen werden soll. Wenn also heute über den Gesetzentwurf abschließend abgestimmt werden soll, müssen Sie mit Ja stimmen. Wir stimmen noch nicht über den Gesetzentwurf in dritter Lesung ab.

Wer stimmt für den Antrag auf sofortigen Eintritt in die dritte Beratung? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei eini-

gen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Wir kommen damit zur

dritten Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist somit in dritter Beratung angenommen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Einführung eines allgemeinen Pflichtdienstes für Männer und Frauen**

- Drucksache JuP-06/5 -
(Erste Beratung 1. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Senioren, Jugend und Soziale Dienste

- Drucksache JuP-06/9 -

Zu diesem Gesetzentwurf liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen der KVP und der APD vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. - Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dr. Frank Hauser für die KVP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Dr. Frank Hauser (KVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den allgemeinen Pflichtdienst einzuführen ist ein wichtiger Schritt für unsere Gesellschaft. Insbesondere durch die Priorität der sozialen Aspekte, die von den Koalitionsfraktionen verfolgt wird, sehen wir konservative unsere konservativen Werte vertreten. Ebenso ist die Möglichkeit, bei anerkannten Pflichtdienstträgern den Dienst zu leisten und das System dadurch zu erweitern, ein wichtiger Schritt. Näheres soll in einem Bundesgesetz geregelt werden. Neben der Ausnahme der Befreiung vom Pflichtdienst wegen physi-

scher oder psychischer Probleme ist auch ein vorheriges Engagement bei anerkannten Pflichtdienstträgern als Ausnahmeregelung möglich. Weiteres ist ebenfalls in einem Bundesgesetz zu regeln.

Drei Aspekte müssen hier herausgestellt werden: Erstens. Dieses Gesetz bietet eine große Chance für die Jugendlichen. Zum einen können sie dadurch ihre Perspektivlosigkeit überwinden und sich orientieren. Wenn sie noch keine Ahnung haben, was sie machen wollen, und ihnen ihre Arbeit gefällt, können sie von Pflichtdienstträgern oder einer sozialen Einrichtung übernommen werden. Zum anderen ist eine Abschaffung des Pflichtdienstes gar nicht möglich, weil wir dadurch die Jugendarbeitslosigkeit erhöhen würden. Das kann nicht im Interesse dieses Hauses sein.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Zweitens. Wir müssen Verantwortung für die finanzschwachen Kommunen übernehmen. Ihr Angebot für die offene Jugendarbeit kann nur durch Pflichtdienstleistende aufrechterhalten werden, da die Kommunen kein Geld haben, um dafür Personal einzustellen. Wir müssen unsere Kommunen entlasten, indem wir ihnen Pflichtdienstleistende zur Verfügung stellen, um eine gute offene Jugendarbeit und Arbeit für Jugendliche zu gewährleisten.

Drittens. Kommen wir zur Gerechtigkeit. Immer wieder wird die Wehrgerechtigkeit angemahnt; sie ist nicht gewährleistet. Mit einem Pflichtdienst würden wir dies wiederherstellen. Wer von Gleichstellung redet, darf nicht nur auf die Rechte abheben, sondern muss auch die Pflichten einbeziehen. Dies würde hiermit erfolgen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Als Letztes möchte ich die Abgeordneten der PSG ansprechen. Sie reden immer von Gerechtigkeit. Wir als Regierung wollen hier Gerechtigkeit schaffen. Wenn Sie nicht immer nur das große Wort führen wollen, müssen Sie diesem Gesetzentwurf zustimmen. Das muss hier einmal gesagt werden.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Petra Pau: Kollege Hauser, das war ein wunderbarer Schluss-

satz. Bei einem Blick auf die Uhr vor sich werden Sie feststellen, dass Sie am Ende Ihrer Redezeit sind.

Dr. Frank Hauser (KVP): Ich bitte um Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Petra Pau: Für die LRP hat das Wort der Kollege Dr. Wild.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Dr. Wild (LRP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Damen und Herren! Es besteht kein Zweifel: Der bestehende Art. 12 a des Grundgesetzes ist nicht mehr zeitgemäß. Durch die einseitige Verpflichtung der Männer zum Dienst an der Waffe oder im sozialen Bereich ist die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau nicht gegeben. Jedoch kann eine Erweiterung des Artikels um den Zusatz „Frauen“ das Problem nicht lösen. Wir benötigen eine Vollsanieung dieses Artikels und nicht nur eine abgemagerte Teilsanieung.

Die Einbeziehung der Frau in das aktuelle Pflichtdienstsystem hätte schwer wiegende Auswirkungen auf den sozialen Arbeitsmarkt. Anstatt momentan 110 000 Pflichtdiensttätigen hätten wir 220 000 Pflichtdiensttätige pro Jahr, und zwar Männer und Frauen. Diese Pflichtdiensttätigen erhielten die geringe Bezahlung von umgerechnet 1 Euro pro Stunde. Dieser 1 Euro ist nur noch eine symbolische Abgrenzung zu moderner Sklaverei.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Das Wort Pflichtdienst ist ein Synonym für Zwangsarbeit; dies ist somit von Sklaverei nicht weit entfernt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Zuruf: Na, na, na!)

Ich sehe, dass der Wunsch nach einer Zwischenfrage besteht. Ich wäre bereit, sie zuzulassen, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Petra Pau: Die Frau Präsidentin ist nicht mehr bereit, Zwischenfragen zuzulassen, da es hinsichtlich des

Zeitkontingents für Zwischenfragen und unserer heutigen Tagungsdauer eine Verabredung gibt. Mir ist nicht bekannt, dass die Fraktionen hier zu neuen Verabredungen gekommen sind.

Dr. Wild (LRP): Okay. - Ein Artikel zum Pflichtdienst gehört wegen der Nähe zur Sklaverei genauso wenig in die Verfassung wie ein Nagel in einen Reifen. Des Weiteren werden viele Fachkräfte durch den Einsatz einer vermehrten Anzahl von Pflichtdienstleistenden in die Arbeitslosigkeit getrieben, Fachkräfte, die helfen, unsere Sozialversicherung finanziell zu stabilisieren.

Wichtig sind uns natürlich auch die Zivildienstleistenden. Wir sind uns bewusst, dass wir sie benötigen, vor allen Dingen im Sektor der Altenpflege und anderer Pflegeeinrichtungen. Sie gehören zu unserem Land wie die Staus auf deutschen Autobahnen. Diese Menschen helfen unserem Land und stabilisieren es. Wir dürfen sie aber nicht in zu großer Zahl einsetzen. Auch auf einer Autobahn ist ein Vorankommen nur möglich, wenn es nicht zu viele Baustellen gibt. Deshalb appellieren wir an die LRP und alle anderen, diesen Antrag abzulehnen. Wir sind für einen freiwilligen sozialen Dienst.

Danke schön.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsidentin Petra Pau: Für die Fraktion der APD hat nun das Wort der Kollege Franz-Josef Koch.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Franz-Josef Koch (APD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einführung eines allgemeinen Pflichtdienstes ist eine Entwicklung, die infolge des de facto nicht mehr bestehenden Ost-West-Konfliktes und des demografischen Wandels schon lange zu erwarten war und nun endlich umgesetzt werden kann und muss.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich freue mich, dass fraktionsübergreifend Einigkeit darüber besteht, dass die Bundeswehr in ihrer heutigen Form reformiert werden muss.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Seit Jahren müssen wir erkennen, dass ein Großteil der eingezogenen Wehrdienstleistenden ihren Wehrdienst zwar ableistet, dies jedoch nur als überflüssige Pflicht ansieht. Zur Erinnerung: Zurzeit leistet circa ein Drittel aller wehrpflichtfähigen Männer den Dienst bei der Bundeswehr, ein Drittel leistet Zivildienst und ein Drittel leistet gar keinen Dienst. Nicht ohne Grund wurde bereits vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt, dass die Wehrgerechtigkeit nicht bzw. nicht mehr gegeben ist.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hermann
Otto Solms)

Durch die Einführung eines allgemeinen Pflichtdienstes mit der Wahlmöglichkeit, seinen Dienst bei den Streitkräften zu verrichten, gelingt es uns, die Bundeswehr nicht nur attraktiver zu gestalten, sondern auch ihre Qualität langfristig zu verbessern. Des Weiteren wird es durch die Reduzierung der Zahl der Wehrdienstleistenden von knapp 150 000 auf 50 000 zu einer starken Kostenreduzierung kommen, die durch die dann sehr eingeschränkte Zahl der Musterungen noch unterstützt wird.

Das Konzept der großen Koalition sieht vor, dass jede Frau und jeder Mann einen allgemeinen Pflichtdienst in den im Gesetzentwurf genannten Institutionen ableistet. Dadurch, dass nur noch knapp 50 000 Wehrdienstleistende im Dienste der Streitkräfte tätig sein werden, werden nur noch diejenigen zur Bundeswehr gehen, die es wirklich wollen.

Der Forderung aus einigen Fraktionen nach Einführung einer reinen Berufsarmee, wie dies bereits in vielen Nachbarländern der Fall ist, erteilen wir eine klare Absage.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Am Beispiel der freiwilligen Feuerwehr zeigt sich doch - das gilt dann auch für die Bundeswehr -, dass man nicht alles an Profis übergeben muss.

Durch Kampagnen und eine Solderhöhung wollen wir auf die Attraktivität der Bundeswehr hinweisen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Die Bevölkerung und auch die Dienstpflichtigen müssen endlich wieder verstehen, dass

die Bereitschaft, sein Leben für die Bundesrepublik zu riskieren, besondere Beachtung verdient.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Zudem ist der Entwicklungsprozess, den die jungen Frauen und Männer bei ihrem Dienst zwangsläufig durchlaufen werden, sehr wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, den Antrag der großen Koalition aufgrund Ihrer Verantwortung gegenüber Deutschland anzunehmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Das Wort hat jetzt die Kollegin Zofia Parkan von der Fraktion der PSG.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Zofia Parkan (PSG): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Zunächst möchte ich Ihnen mitteilen, dass meine Redezeit abweichend von der Vorlage nicht zwei Minuten, sondern vier Minuten beträgt, da mein Kollege aufgrund persönlicher Konflikte mit sich selbst hier nicht sprechen wird.

(Vereinzelt Heiterkeit)

- Es geht um Meinungsfreiheit; darüber möchte ich hier nicht diskutieren. Vielmehr möchte ich jetzt beginnen.

Ich glaube, Sie wissen gar nicht, um was es hier geht.

(Zurufe: Klären Sie uns auf! - Haben Sie die Tagesordnung bekommen?)

Es geht um das Grundgesetz. Das Grundgesetz gilt für jeden einzelnen Bürger in dieser Republik.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Ich fordere Qualität statt Quantität, und zwar vor allem von der Koalition.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Der jetzige Entwurf ist absoluter Nonsens.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Wehrpflichtgerechtigkeit, was ist das für ein Wort? Pflicht und Gerechtigkeit passen nicht zusammen. Die Partei der sozialen Gerechtigkeit wehrt sich schon allein gegen diesen Ausdruck.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Ist ein Zwangsdienst, wie es der Redner der Liberalen Reformpartei gerade definierte, Ausdruck der Demokratie? Ich glaube das nicht. Wir sind gegen sämtliche Zwangsdienste, sowohl militärischer als auch sozialer Art. Wer etwas für sein Land tun möchte, der kann sich sozial und auch militärisch engagieren, indem er sich bewirbt; er muss nicht dazu verpflichtet werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Unsere soziale Ader zeigt sich darin, dass wir gegen eine Verschiebung bzw. Unterbrechung und Störung der Ausbildung junger Leute sind, die nach Abschluss der Schule gezwungen werden, ihren Dienst abzuleisten.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Zum demografischen Wandel kann ich nur eines sagen: Mit der Abschaffung des Zwangs öffnet sich ein großer Bereich des Arbeitsmarktes, und zwar der soziale Bereich. Das ist ein grundlegendes Argument unserer Partei. Das hat nichts damit zu tun, dass wir radikal sind.

(Teilweise Lachen)

Diese Meinung, die viele Bürger vertreten, findet sich nicht nur bei uns, sondern wahrscheinlich auch in den Reihen der großen Koalition. Schließlich müssen junge Menschen die Möglichkeit bekommen, ihre Ausbildung unter bestmöglichen Bedingungen abzuschließen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Warum wollen Sie mit der Änderung dieses Grundgesetzartikels eine völlige Überlastung des Haushaltes festschreiben? Im Gegensatz dazu würde eine Berufsarmee eine motivierte und kontrollierte Repräsentation nach außen hin sicherstellen.

(Zuruf: Das stimmt nicht!)

Ich bin aber schon überrascht, dass Sie von Männern und Frauen sprechen, weil in den letzten Jahren die Gleichberechtigung bei Ihnen immer ein Problem war.

(Zurufe: Oh!)

Wir lehnen diesen Gesetzentwurf generell ab. Schließlich können wir hier nicht einfach wie in einem Aufsatz der ersten Klasse herumstreichen. Wir bitten darum, einzusehen, dass dieser Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Art. 12 a des Grundgesetzes absoluter Nonsens ist. Er beruht nur darauf, Macht zu demonstrieren. Das ist absolut unzulässig.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Die Koalition trägt hier die Verantwortung. Sie muss genauer nachdenken und darf sich nicht hinter ihrer Mehrheit verschanzen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Qualität statt Quantität, das ist unser Motto und deswegen sind wir gegen diesen Gesetzentwurf.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Ich weise noch einmal darauf hin, dass Zwischenfragen wegen der knappen Zeit nicht mehr zugelassen werden. Das ist so vereinbart.

Das Wort hat jetzt der Kollege Rainer Vortmann von der Fraktion der KVP.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Rainer Vortmann (KVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Am Ende Ihrer Rede, werte Kollegin, haben Sie endlich auch den haushaltspolitischen Aspekt angesprochen. Dafür erst einmal herzlichen Dank! Allerdings ist dieser Aspekt in Ihrem Beitrag viel zu kurz gekommen und meiner Ansicht nach unreflektiert eingebracht worden.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Ich möchte allen, die an der Sitzung des Haushaltsausschusses nicht teilgenommen haben, die Situation schildern. Dort saßen

wie in jedem anderen Ausschuss Vertreter aller fünf Fraktionen und haben gemeinsam beraten.

Es war maßgeblich und ausschließlich die Regierungskoalition von APD und KVP, die in intensiven Beratungen, für die jedes Mal mühsam Sitzungsunterbrechungen angemeldet werden mussten, die genaue Finanzplanung festgelegt und dem Ausschuss vorgelegt hat. Nichtsdestotrotz musste sich die Koalition der völlig unbegründeten und unreflektierten Kritik der Oppositionsvertreter aussetzen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich möchte auf die genauen Zahlen gar nicht eingehen; denn sie wurden im Ausschuss zur Genüge vorgetragen. Alles ist durchgerechnet. Es ist nachgewiesen - es ist schriftlich festgehalten und nachzulesen -, dass sich eine Ausweitung des Pflichtdienstes im zweiten Jahr sogar rechnet. Wir würden Einsparungen in Höhe von bis zu 300 Millionen Euro haben.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Damit hätten sich Ihre Vertreter im Ausschuss auseinander setzen müssen. Das ist aber nicht geschehen.

(Zuruf: Sie verdrehen Tatsachen!)

- Wir verdrehen keine Tatsachen. Das alles ist nachzulesen.

Obwohl Sie von den Oppositionsfraktionen keinen Änderungsantrag eingebracht haben, sind Sie prinzipiell gegen alles.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Sie beachten weiterhin die Mehrheitsverhältnisse bei Ihrem Abstimmungsverhalten und koalieren in Einzelfragen in einer Art Zählgemeinschaft. Die Postkommunisten und die Neoliberalen werfen alle politischen Vorstellungen erst einmal über Bord. Hauptsache, es geht gegen die Regierung.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ist das Ihre Vorstellung von inhaltlich fundierter Arbeit der Volksvertreter in einem Parlament? Das kann ich mir nicht denken.

Des Weiteren entdecke ich ständig viel zu viele persönliche Animositäten in den einzelnen Beiträgen der Vertreter der Oppositions-

fraktionen. Das war schon in der gestrigen Ausschusssitzung zu merken. Weil man aus Prinzip gegen alles ist, haben die beiden Oppositionsvertreter gegen sämtliche Einzelaspekte unseres Antrags im Haushaltsausschuss gestimmt, zum Beispiel - das sollte eigentlich unstrittig sein - gegen den Einzelaspekt der Freistellung bei physischer oder psychischer Beeinträchtigung. Darüber müsste doch Einigkeit bestehen. Aber Sie waren einfach aus Prinzip dagegen. Das ist keine inhaltlich fundierte Arbeit. Da müssen Sie noch viel üben.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

In diesem Zusammenhang ist es für einzelne Oppositionsvertreter schwer, sich dem Vorwurf des plump-populistischen Idealismus zu entziehen, den Sie hier in Einzelfragen betreiben.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Zur Koalition: Sie haben sicherlich die interessanten Zitate in den heutigen Zeitungsausgaben gelesen. So erheben zum Beispiel die Liberalen den Vorwurf, die Koalition zeige keine Geschlossenheit und habe bei der Abstimmung über Gesetzentwürfe keine Mehrheit. Dazu kann ich nur sagen: Wir haben heute bereits dreimal abgestimmt und die Koalition hat dreimal mit beeindruckender Mehrheit ihre Geschlossenheit bewiesen. Das werden wir gleich wieder tun, obwohl eine Zweidrittelmehrheit vonnöten ist.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Da anscheinend kein Änderungsbedarf aufseiten der Oppositionsfraktionen besteht, möchte ich Sie bitten, zuzustimmen. Ich hoffe, dass Sie es in Zukunft nicht mehr nötig haben, Ihre politischen Vorstellungen über Bord zu werfen und sich über alle Fraktionsgrenzen hinweg Mehrheiten besorgen zu müssen, ohne dabei auf die inhaltlichen Aspekte zu achten.

Vielen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Das Wort hat jetzt der Kollege Karl Knaak von der Fraktion der ÖSP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Karl Knaak (ÖSP): Sehr geehrtes Bundestagspräsidium! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die ÖSP lehnt den Antrag der Koalitionsfraktionen auf Änderung des Art. 12 a des Grundgesetzes ab.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Die Gründe dafür sind vielfältig. Einer davon ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Es ist wohl neben den Interessen der deutschen Gesamtbevölkerung der beste Leitfaden unserer Politik.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Wissen Sie wirklich, was unser Grundgesetz besagt. Ich lese Ihnen Art. 12 Abs. 2 des Grundgesetzes einmal vor:

Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen,

- allgemeinen! -

für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Diese so genannte allgemeine Dienstleistungspflicht existiert aber nur noch auf dem Papier. So stellte unter anderem das Verwaltungsgericht Köln im April 2005 fest, dass die Wehrpflicht nicht allgemein greife. Aktuell wird deutlich weniger als die Hälfte der für eine Einberufung infrage kommenden jungen Männer zum Wehrdienst herangezogen. Wollen Sie dieses Unrechtssystem noch auf die Frauen erweitern, die laut Art. 12 a des Grundgesetzes auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden dürfen?

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Will diese Regierungskoalition einfach nur mehr weibliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern sowie den Senioren- und Pflegeheimen? Dann sollte sie das offen sagen und nicht versuchen, mit einer fahrlässigen Nutzung der Regierungsmehrheit ein Grundrecht zu ändern. Ich darf daran erinnern, dass

Art. 1 bis 20 des Grundgesetzes Grundrechte sind.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Ich appelliere an das Gewissen jedes Koalitionärs und mache darauf aufmerksam, dass das Grundgesetz keine Fahne sein darf, die man je nach politischer Tageslage heraushängt.

Wir haben es aber nicht nur mit einer Grundgesetzänderung zu tun. Vielmehr stellt sich auch die Frage nach dem Nutzen. So stellte der ehemalige Verteidigungsminister Hans Apel von der APD am 6. April 2002 fest, dass in einer weltweit operierenden Armee kein Platz mehr für Wehrpflichtige ist. Der Soldat der Zukunft müsse hoch qualifiziert und spezialisiert sein.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Zwar geht die Regierungskoalition davon aus - das ist das eigentlich Fiese an der Sache -, dass die Mehrheit Zivildienst leistet. Sie will damit den so genannten demografischen Wandel absichern. Ich leugne diesen Wandel nicht. Ich halte es für richtig, diesem entgegenzuwirken. Der demografische Wandel ist aber so radikal, dass man ihn nicht mit mehr Zivis absichern kann.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Karl Knaak (ÖSP): Es bedarf in Zeiten wachsender Entmenschlichung von Senioren und der fast schon fies zu nennenden Behandlung von Pflegebedürftigen, die tagtäglich in Altenpflegeheimen stattfindet, mehr qualifizierter Fachkräfte und nicht Zivildienstleistender. Die Bildungs-, aber auch die Pflegebranche bergen ein enormes Arbeitsplatzpotenzial.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Herr Kollege, bitte.

Karl Knaak (ÖSP): Mein Schlusssatz, Herr Präsident. - Ich appelliere an die Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen und den Oppositionsfraktionen: Machen wir aus dem Reförmchen beispiels-

weise durch die Entwicklung eines ÖWS eine Reform, die den Namen verdient! Schaffen wir den Zwangsdienst ab! Setzen wir ein Zeichen für mehr Frieden sowie Arbeit und Gerechtigkeit in Deutschland.

Danke schön.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Das Wort hat jetzt der Kollege Lothar Fritzschens von der Fraktion der APD.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Lothar Fritzschens (APD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine hitzige Debatte ist entfacht. Das ist verständlich; denn wir wollen die Verfassung ändern. Seit Jahren wurde unter unterschiedlichen Regierungen, beispielsweise von LRP und KVP oder ÖSP und APD, darüber diskutiert, ob Art. 12 a des Grundgesetzes noch zeitgemäß ist und dass er geändert werden sollte. Aber nur wir haben unter Berücksichtigung der Interessen von KVP und APD den notwendigen Reformwillen aufgebracht, sodass nun das Grundgesetz geändert werden kann. Wir haben etwas geschafft, was die anderen Parteien nicht geschafft haben.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Liebe Abgeordnete der PSG, man hat den Eindruck, dass Sie hier - genauso wie im Haushaltsausschuss - nur körperlich anwesend sind, aber weder seelisch noch psychisch bei der Sache sind.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Es fehlten Änderungsanträge und Zahlen. Das gilt auch im Hinblick auf die LRP und die ÖSP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Der Gesetzentwurf sieht eine Änderung des Grundgesetzes vor. Eine nähere Spezifizierung wurde im Haushaltsausschuss beraten und beschlossen. Danach gibt es im zweiten Jahr einen positiven Nebeneffekt. Im dritten Jahr erwirtschaften wir sogar ein Plus für den Haushalt der Bundesrepublik

Deutschland. Liebe Abgeordnete der ÖSP, Sie wollen doch die Nachhaltigkeit fördern; das sollte eigentlich unser aller Ziel sein. Nun gibt es einen Einsparvorschlag, der es ermöglicht, dass unsere Jugend in Zukunft nicht mehr Steuern für die Tilgung der Schulden, die wir angehäuft haben, zahlen müssen. Aber diesem verwehren Sie sich. Was soll das?

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Abgeordnete der KVP-Fraktion haben schon darauf hingewiesen, dass die Bundeswehr die heutige Anzahl an Wehrpflichtigen nicht mehr benötigt. Im Jahr 2006 sind 400 000 Mann wehrpflichtig. Davon werden knapp 68 000 Mann eingezogen. Hinzu kommt, dass jährlich 90 000 anerkannte Kriegsdienstverweigerer zum Zivildienst gezwungen werden. Das ist mit der in Art. 12 a des Grundgesetzes verankerten Wehrerechtigkeit nicht vereinbar. Deswegen müssen wir diesen Artikel ändern, liebe Abgeordnete dieses Hohen Hauses.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Partei der sozialen Gerechtigkeit, ich habe gedacht, dass gerade Sie daran interessiert sind, soziale Ungerechtigkeit und soziale Ungleichheiten abzuschaffen.

(Zurufe)

- Liebe Abgeordnete von der PSG, ich weiß natürlich, dass Sie sich nicht an demokratische Gepflogenheiten halten; das ist bei Ihnen schon seit längerem so.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich komme zum Schluss. Das Gesundheitswesen ist personell vollkommen unterbesetzt. Aufgrund des Beschlusses des Haushaltsausschusses, dass Dienstpflichtige dem Gesundheitswesen zuzuführen sind, dass sie aber Fachkräfte nicht ersetzen dürfen, wird die Zahl der Fachkräfte stagnieren und die Zahl der Dienstpflichtigen steigen. Damit werden wir das Problem des Personalvakuums im Gesundheitswesen lösen.

Ich bitte Sie, liebe Abgeordnete: Setzen Sie ein Signal für die Zukunft und die Förderung unserer Jugend sowie für die Gerechtigkeit in der BRD! Stimmen Sie dem Antrag der Koalitionsregierung zu!

Danke.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Das Wort hat jetzt der Kollege Heinz Huber von der Fraktion der LRP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Heinz Huber (LRP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte keine populistische Rede gegen unsere Regierungsparteien halten. Wir, die Opposition, setzen eher auf inhaltliche Argumente.

(Heiterkeit und Beifall bei vielen
Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich bitte Sie an dieser Stelle, mir ein Stück weit zu folgen.

Wir müssen auch die Chancen sehen, die sich mit einer generellen Ablehnung eines Zwangsdienstes eröffnen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Zum einen können wir hier einen effektiven Bürokratieabbau bewirken und immense Kosten sparen. Zum anderen können wir Langzeitarbeitslose durch die auf dem ständig wachsenden Markt der sozialen Dienste entstehende Arbeitsplatzoffensive in die Gesellschaft integrieren.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Zudem wünschen wir uns für den sozialen Dienst professionell ausgebildete Arbeitskräfte und hoch motivierte, freiwillige Hilfskräfte, die mehr Leistung erbringen, aber auch mehr Menschlichkeit bei ihrer Arbeit an den Tag legen und somit eine Qualitätssicherung garantieren. Eine solche vermessen wir leider bislang. Gerade junge Menschen, die physisch und psychisch fit sind, zu einem ungerechten Zwangsdienst zu verpflichten führt schlicht und ergreifend an der demografischen Realität genauso wie an der zukünftigen Arbeitsmarktsituation völlig vorbei.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Dieser unzeitgemäße Zwangsdienst führt automatisch zu einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit, in dessen Folge uns erhebliche Beiträge in der Renten-, der Arbeits-

losen-, der Kranken- und der Pflegeversicherung fehlen. Ich bitte Sie darum, die richtige Entscheidung zu treffen. Sie müssen den vorliegenden Gesetzentwurf ablehnen. Bedenken Sie, dass Sie lediglich Ihrem Gewissen und nicht Ihrer Fraktion verpflichtet sind!

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Es geht uns bei der Ablehnung darum, Chancen zu nutzen und Ungerechtigkeiten abzubauen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Jetzt hat der Kollege Friedrich Huber von der Fraktion der KVP das Wort.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Friedrich Huber (KVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nicht mehr auf einzelne Zahlen eingehen. Vielmehr müssen wir uns die Frage stellen, was wir mit einem Pflichtdienst bezwecken wollen. Wir von der KVP-Fraktion wollen den sozialen Aspekt stärken und zugleich für absolute Gleichberechtigung sorgen

(Zurufe)

- Sie sind jetzt nicht dran -,

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

die es bislang nicht gibt. Ich weiß nicht, was Sie dagegen haben. Wenn alle dienen, ist doch niemand benachteiligt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Mich verwundert, dass Sie hier mit den Neoliberalen gemeinsame Sache machen. Was denken Sie sich dabei? Ich finde, das ist falsch, genauso wie die Tatsache, dass Sie das als Zwangsdienst bezeichnen. Was ist denn Zwang? Wir müssen zur Schulen gehen; das ist Pflicht. Aber das bringt uns auch etwas.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Ich halte es für einen sehr wichtigen sozialpolitischen Baustein, dass Menschen er-

kennen, dass sie der Gesellschaft, die ihnen etwas gibt, etwas zurückgeben müssen, dass es einen Austausch zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft geben muss - das muss doch klar sein -, und dass das Pflichtgefühl der Menschen gestärkt wird.

Ich gehe auf die Argumente der LRP ein. Ich glaube, wenn man etwas für seine Mitmenschen tut, dann kann man das nicht mit moderner Sklaverei oder mit der Zwangsarbeit in der NS-Zeit vergleichen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir wollen das Grundgesetz ändern, um Ungerechtigkeit zu beseitigen. Wir wollen keine weitere Vertagung der Lösung dieses Problems.

(Zuruf)

- Darauf gehe ich nicht ein; denn das ginge von meiner Redezeit ab.

Alle schreien, dass es sich hier um Sozialabbau handelt. Aber mit dem geplanten Pflichtdienst können wir einen Sozialaufbau schaffen und beispielsweise die Betreuung und die Pflege von Menschen in kulturellen und sozialen Einrichtungen fördern. Damit stärken wir das soziale Gerüst und zementieren es.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Viele haben gesagt: Die haben die Mehrheit; die machen das ganz alleine. - Dazu möchte ich sagen: Es handelt sich nicht um einen Kompromiss von APD und KVP. Ich denke, es gibt eine Art innere Übereinstimmung. Es wurde nicht viel diskutiert. Es kommt von Herzen. Wir waren uns sofort einig, dass wir einen solchen Dienst brauchen und dass er Sinn macht. Es ging nicht darum, dass sich jeder einbringt und durchsetzt. Vielmehr herrschte von Anfang an Übereinstimmung. Wir haben nur noch über die Details beraten.

(Zuruf: Da zeigt die Reaktion aber etwas anderes!)

- Das sehe ich anders. In meinem Ausschuss herrschte ziemlich große Geschlossenheit. Wir haben uns sehr gut ausgetauscht.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den besagten Zeitungsartikel. Bei dem

vorgelegten Gesetzentwurf gab es keine Probleme. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang bei der APD bedanken.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Friedrich Huber (KVP): Okay. - Stimmen Sie für den Sozialaufbau statt für den Sozialabbau!

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Das Wort hat jetzt der Kollege Marc Neubauer von der Fraktion der ÖSP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Marc Neubauer (ÖSP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Die Wehrpflicht ist nicht mehr zeitgemäß. Die sicherheitspolitische Lage des 21. Jahrhunderts erfordert weder eine allgemeine Wehrpflicht noch eine freiwillige militärische Ausbildung über neun Monate.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Eine Ausweitung der Wehrpflicht zu einem allgemeinen Pflichtdienst kann und darf keine Alternative zum bestehenden System sein.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Heute sind junge Männer einem willkürlichen Musterungssystem ausgeliefert. Der Anteil der als wehrdienstfähig Gemusterten ist laut Bundesregierung von 2002 bis April 2006 von 83,1 auf 57 Prozent gesunken.

Dabei ist der Anteil der nicht Wehrdienstfähigen und somit auch vom zivilen Ersatzdienst Befreiten in diesem Zeitraum von 17,3 Prozent auf 32,2 Prozent gestiegen. Das ist sicherlich nicht auf eine veränderte physische Verfassung unserer Wehrpflichtigen zurückzuführen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Dieser gegen den Grundsatz der Wehrgechtigkeit verstoßenden Ungerechtigkeit kann nicht durch eine Ausweitung des allgemeinen Pflichtdienstes begegnet werden. Wie soll jungen Leuten der Gleichheits- und Gerechtigkeitsgrundsatz nahe gebracht werden, der unter anderem Auslöser für diese Gesetzesinitiative ist, wenn solche Musterrungssysteme darüber entscheiden, ob jemand zum allgemeinen Pflichtdienst eingezogen wird oder nicht? Außerdem müssen wir uns darüber Gedanken machen, was eine Umsetzung dieser Gesetzesinitiative bewirkt. Jede durch einen Pflichtdienstleistenden besetzte Stelle trägt ihren Teil zur Schaffung eines zweiten Arbeitsmarkts bei und führt somit zum Abbau von Fach- und Hilfskräftenstellen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und angesichts einer Gesellschaft, die bei stagnierender Lebensarbeitszeit immer älter wird, darf die Ausbildungsdauer junger Leute sowie die Beschäftigungslage auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht durch einen allgemeinen Pflichtdienst zuungunsten unserer Volkswirtschaft beeinflusst werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die Summe dieser Argumente führt zu der Meinung unserer Partei, die Gesetzesinitiative ist abzulehnen.

Jetzt noch einige abschließende Worte zu meinem Vorredner und zum Haushaltsausschuss. Ich finde es schon peinlich, sich hierherzustellen und in dieser Weise aufzutreten, obwohl bis fünf Minuten vor Ende der Ausschusssitzung keine Rechnung vorgelegt werden konnte, die bewiesen hätte, dass Einsparungen tatsächlich erreicht werden können.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die Rechnung, die vorgelegt wurde, war so schwammig, dass es peinlich war, sich damit auseinander zu setzen.

(Zuruf: Wir haben Zahlen vorgelegt!)

Diese Rechnung enthält als Kosten für die Wehrdienstleistenden nur den Sold. Weder spielt die Entfernungspauschale von maximal 204 Euro noch das Weihnachtsgeld oder das

Entlassungsgeld eine Rolle. Es ist peinlich, so zu rechnen und so hier aufzutreten.

Danke schön.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer erheben sich)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Als letztem Redner erteile ich dem Kollegen Fritz Luckow für die Fraktion der APD das Wort.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Fritz Luckow (APD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da der Kollege von der ÖSP etwas zitiert hat, möchte ich es ihm gleichtun. In Kürschners Volkshandbuch zur 16. Wahlperiode steht: Seit 37 Jahren stellt wieder eine große Koalition aus KVP und APD die politischen Weichen im Parlament. Von den beiden größten der insgesamt fünf Parlamentsfraktionen erwarten die Menschen, dass sie die großen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, meistern. - Das ist ein vom Grundsatz her vollkommen richtiger Ansatz. Ich möchte das aber gerne ergänzen. Meiner Meinung nach sollte man das nicht nur von den Koalitionsfraktionen erwarten, sondern von allen Abgeordneten - was wir bis jetzt vermisst haben. Das ist schade.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Zuruf von der PSG: Wir fordern Freiheit!)

Eines der grundlegenden Probleme ist das Bedürfnis, die Wehrpflicht zu reformieren. Besonders wichtig ist das vor allem, weil nahezu jeder Mensch unter 25 Jahren, sogar diejenigen, die heute noch nicht einmal geboren sind, von einem solchen Gesetz betroffen sind. Deshalb müssen wir unsere Entscheidung mit Bedacht treffen und sie so gestalten, dass sie nicht nur für die nächsten Jahre, sondern auch für die nächsten Jahrzehnte Bestand hat.

Wir müssen in Betracht ziehen, dass wir aufgrund der veränderten internationalen Lage und aufgrund der Position Deutschlands in der Welt - darüber ist schon beim ersten Tagesordnungspunkt gesprochen worden - eine kleinere, dafür aber effizienter arbeitende und professionellere Bundeswehr

benötigen. Das bestätigt Ihnen jeder Verteidigungsexperte.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wenn wir davon ausgehen - das ist ganz wichtig -, dass zukünftige Generationen die Wehrpflicht einschränken werden, heißt das bei der derzeitigen Rechtslage, dass auch der Zivildienst eingeschränkt wird. Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Wenn das geschieht, gibt es zwei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit wäre, dass die Qualität der sozialen Dienste, insbesondere die des Pflegegedienstes, rapide absinkt, weil die Dienste personell unterbesetzt sind. Ich glaube, das will weder die Koalition noch die Opposition, wobei ich mir bei einem Teil nicht ganz so sicher bin.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die zweite Möglichkeit wäre, neue Kräfte einzustellen, um das personelle Defizit zu beheben. Damit würde das Versorgungssystem finanziell zusammenbrechen. Ich glaube, das will auch die Opposition nicht. Aber ich bin mir bei dem anderen Teil der Opposition nicht ganz so sicher.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich kürze meine Rede, weil meine Zeit schneller abläuft, als ich gedacht habe. Da ich der letzte Redner in dieser Debatte bin, möchte ich mich bei dem Koalitionspartner für die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit bedanken.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir waren uns nicht immer von vornherein einig; aber am Ende zählt der Erfolg und der ist hier gegeben.

Danke schön.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den vom Bundesrat eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines allgemeinen Pflichtdienstes für Männer und Frauen, Drucksache JuP-06/5. Der Ausschuss für Gesundheit empfiehlt in seiner Beschluss-

empfehlung auf Drucksache JuP-06/9, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor, über den wir zuerst abstimmen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen der KVP und APD auf Drucksache JuP-06/18. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen bei einigen Enthaltungen der Fraktion der ÖSP angenommen.

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen bei einigen Enthaltungen aus der Fraktion der APD und der ÖSP angenommen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Teilnehmerinnen und Teilnehmer erheben sich - Zuruf: Es bedarf einer Zweidrittelmehrheit!)

- Nein, es ist eine einfache Mehrheit erforderlich gewesen.

Es ist jetzt beantragt worden, sofort in die dritte Beratung einzutreten. Wir müssen daher zunächst über den Antrag auf sofortigen Eintritt in die dritte Beratung abstimmen. Der Antrag bedarf gemäß § 84 Buchstabe b der Geschäftsordnung zu seiner Annahme der Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden. Diese Mehrheit ist auch deshalb erforderlich, weil von der für die Antragstellung geltenden Frist abgewichen werden soll. Wenn also heute über den Gesetzentwurf abschließend abgestimmt werden soll, müssen Sie mit Ja stimmen. Wer stimmt für den Antrag auf sofortigen Eintritt in die dritte Beratung? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Da die beiden Koalitionsfraktionen geschlossen für den Eintritt in die dritte Beratung gestimmt haben, ist die Zweidrittelmehrheit gesichert. Ich glaube, das Präsidium ist sich in dieser Frage einig. Deswegen können wir sofort in die dritte Beratung eintreten.

Wir kommen zur

dritten Beratung

und Schlussabstimmung. Ich weise darauf hin, dass nach Art. 79 des Grundgesetzes

ein Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Parlaments erfordert. Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei fünf Enthaltungen aus den Koalitionsfraktionen scheint mir die Zweidrittelmehrheit gegeben zu sein. Ich darf fragen, ob Einigkeit im Präsidium besteht? - Gut, das ist der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen worden.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen
und Teilnehmern)

Wir sind damit am Schluss unserer Tagesordnung.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall)

(Schluss: 12.10 Uhr)